

GCPAS-NewsFlash 04-2004

Aktuelles Informationsmedium des Fachorgans der
German CPA Society e. V. – The GCPAS Letter

CONTENT OVERVIEW

VORWORT

- Vorwort zu aktuellen Themen in Accounting and Auditing von Dipl.-Kfm. Alexander Spieß CPA StB – Member of GCPAS-Executive Committee (**Seite 2**)

SPECIAL TOPICS

- IAS/IFRS-Umstellung: Eine Frage der Liquidität – Lohnt für mittelständische Unternehmer die Umstellung auf IAS/IFRS? – Beitrag von Prof. Dr. Peter Leibfried – President of GCPAS-Council – und Ingo Weber – GCPAS-Member. [GCPAS-Anmerkung: Ralph Brinkmann – insbesondere zur Bedeutung für Steuerberater] (**Seite 4**)
- IAS/IFRS-Umstellung: Kulturelle Revolution statt einfacher Konvertierung – Ernst & Young stellt aktualisierte Studie vor (**Seite 7**)

HOT TOPICS

Accounting – IAS/IFRS – US GAAP – Seite 8

- IASB: Neuregelung der Kategorien von Financial Assets in IAS 39
- IASB Issues Standard on Share-based Payment (IFRS 2) [GCPAS-Anmerkung: Ralph Brinkmann mit Hinweisen zum FASB-Standpunkt]
- IASC Foundation Constitution Review – IDW-Stellungnahme

Accounting – European Union – Seite 12

- EU-Transparenzrichtlinie: EU-Parlament spricht sich gegen die Pflicht zu Quartalsberichten aus [GCPAS-Anmerkung: Ralph Brinkmann mit Hintergrundinformationen zur EU-Transparenzrichtlinie]

Corporate Governance and Performance – IFAC/CIMA Study – Seite 13

- IFAC/CIMA: New International Study Explores Enterprise Governance; Recommends Actions to Strengthen Corporate Performance [GCPAS-Anmerkung: Ralph Brinkmann]

Accounting and Regulatory - WPK – Seite 15

- Stellungnahmen der WPK zu den Entwürfen des Bilanzrechtsreformgesetz (BilReG) und des Bilanzkontrollgesetz (BilKoG)
- Wirtschaftsprüferkammer-Mitteilungen in modernisiertem Design: WPK Magazin [GCPAS-Anmerkung: Ralph Brinkmann]

Accounting – DRSC – Seite 16

- DRSC-Hinweis: Europäische Kommission – Konsultationsverfahren zu Direktorengehältern eingeleitet
- RIC – Vorläufige Stellungnahme zum Entwurf zum D-IFRIC 3 Determining whether an Arrangement contains a Lease
- DRSC begrüßt transparente Erfassung von Aktienoptionen nach IFRS 2
- DSR – Ergebnisse der 74. DSR-Sitzung
- DRSC – Erste Mitglieder ins RIC berufen

Auditing and Regulatory – USA – SOA – Seite 17

- AICPA releases an Overview of the State Issues Related to the Sarbanes-Oxley Act
- AICPA Journal of Accountancy: Sarbanes Oxley: What it means to the marketplace
- Sarbanes Oxley Act (SOX) causes changes in company structures [GCPAS-Anmerkung: Jörg Müller]

Fraud Prevention and Detection – AICPA – Seite 18

- Audit Risk Alert – Article by Robert Durak: 25 Attention Grabbers: Do These Situations Exist at Your Client? [GCPAS-Anmerkung: Robert Kraska]

Taxation – European Union – Seite 21

- EU-Kommission für Steuerharmonisierung bei direkten Steuern (KST) [GCPAS-Anmerkung: Ralph Brinkmann]

Education – US-CPA-Exam – Seite 22

- Aktuelle Informationen zu den Neuerungen des CPA-Examens von AICPA, NASBA und Prometric [GCPAS-Anmerkung: Robert Kraska]
- Tips on Preparing Employees for the New CPA Exam – Article by Adam Snyder

Technical Literature Update – Seite 23

- Bilanzierung nach IAS/IFRS – Ein Praxisleitfaden für die Umstellung – mit Fallbeispielen und Checklisten – Buchrezension von Dipl.-Kfm. Mathias März CPA [GCPAS-Member]

AICPA – Inside – Seite 27

- AICPA Board Approves Third Term for President and CEO Barry C. Melancon

AICPA – Publications – Seite 27

- AICPA – Journal of Accountancy March 2004 kostenfrei online erhältlich

IFRIC – Publications – Seite 27

- IFRIC Update February 2004

GCPAS-INSIDE – Seite 28

- Erfolgreicher Relaunch der GCPAS-Website
- GCPAS-Kinder-Patenschaft PLAN INTERNATIONAL
- Sitzungsbericht GCPAS-Regional Working Group Nordbaden und Terminankündigung

IMPRESSUM – Seite 29

Stuttgart, 27. Februar 2004

**Vorwort zu aktuellen Themen in Accounting and Auditing
von Dipl.-Kfm. Alexander Spieß CPA StB – Member of
GCPAS-Executive Committee**

Liebe Mitglieder und Freunde der German CPA Society,

wie gewohnt, möchten wir im Vorwort zu aktuellen Themen und Ereignissen Stellung nehmen. Heute beschäftigen wir uns zum einen mit einer journalistischen Stellungnahme zur Vornahme von Wertberichtigungen der WestLB, zum anderen mit den geplanten Änderungen durch den Entwurf eines Bilanzrechtsreformgesetz (BilReG-E).

Wertberichtigung der WestLB:

Mit Unverständnis haben wir einen Artikel in der Börsenzeitung vom 20. Februar 2004 (S. 8) aufgenommen, in dem zu den Vorgängen bei der WestLB Stellung genommen wurde. Hintergrund des Artikels ist die Vornahme von Wertberichtigungen im Jahresabschluss der WestLB auf Beteiligungen an Landesbanken, die im Vorjahr zugeschrieben worden waren. Da im Abschlussjahr 2003 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gewechselt hat, wird in diesem Artikel die Vornahme der diesjährigen Wertberichtigung als „Ohrfeige“ für die bisherige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PWC – PriceWaterhouseCoopers) verbal ausgeschlachtet. Der Artikel gipfelt im Abschlusssatz: „Mit Bilanzwahrheit und -klarheit hat dies nichts zu tun.“

Der Autor fällt sein negatives Urteil über den Berufsstand der Abschlussprüfer pauschal und ohne Angabe von Detailinformationen. Aufgrund seiner undifferenzierten und einseitigen Aussagen vergrößert er die (bestehende) Erwartungslücke in der Öffentlichkeit.

Aus unserer Sicht gilt es zum einen festzustellen, dass die Erstellung des Jahresabschlusses (und die weiteren Elemente, wie z.B. Lagebericht) in der **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des zu prüfenden Unternehmens** liegen. Mithin haben nicht die Abschlussprüfer eine Abwertung oder Zuschreibung vorgenommen, sondern das Management der WestLB. Es ist und bleibt die alleinige Verantwortung des Managements die unterjährigen Geschäftsvorfälle und die sich ändernden Einschätzungen bei der Erstellung des Abschlusses zu berücksichtigen. Das Management hat sich bei der Erstellung an die allgemeinen Ansatz- und Bewertungsvorschriften des HGB zu halten. Der Abschlussprüfer hat nach § 317 HGB den Abschluss daraufhin zu prüfen, dass die gesetzlichen Vorschriften und ergänzende Bestimmungen der Satzung beachtet werden und der Abschluss einen „true and fair view“ der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft wiedergibt. Hierbei sind sämtliche **wesentliche** Unrichtigkeiten oder Verstöße im Rahmen der Prüfung aufzudecken und es ist daraufhin zu wirken, dass die Unrichtigkeiten vom Mandanten korrigiert werden. Andernfalls ist der Bestätigungsvermerk entsprechend anzupassen (d.h. Ergän-

zungen oder Einschränkungen des Bestätigungsvermerks bzw. Erteilung eines Versagungsvermerks).

Die pauschale Schlussfolgerung des Artikels, dass die prüfende Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „alles testiert“, ist aus folgenden Gründen nicht haltbar:

Aufgrund des Wertaufholungsgebots des § 280 HGB war es auf Basis der zum Abschlussstichtag vorliegenden Informationen u.U. völlig im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften die Zuschreibung im letzten Jahr vorzunehmen. Die gesetzlichen Vorschriften für Wirtschaftsprüfer sehen in diesem Fall vor, dass der Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als uneingeschränkt zu erteilen ist. Eine entsprechende Kommentierung der Zuschreibung findet sich vermutlich im Prüfungsbericht, der jedoch weder der Presse noch der Öffentlichkeit zur Verfügung steht.

Eine Abwertung im nächsten Jahr auf die Beteiligung mag aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen ebenfalls in Übereinstimmung mit den Bewertungsvorschriften des HGB stehen.

Das grundlegende Problem an dieser Art der Berichterstattung durch die Presse ist, dass der betroffene Abschlussprüfer aufgrund seiner Verschwiegenheitspflicht zu keiner Zeit die Möglichkeit hat, den tatsächlichen Sachverhalt öffentlich darzustellen und die Hintergründe zu erläutern.

Anmerkungen zu wesentlichen (geplanten) Änderungen durch das Bilanzrechtsreformgesetz (BilReG-E)

In der Ausgabe 02/2003 unseres NewsFlashs hat Ralph Brinkmann (GCPAS) bereits zu einigen Punkten des BilReG-Entwurfs ausführlich Stellung genommen. Seine Ausführungen bezogen sich insbesondere auf den Bereich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers sowie die daraus resultierenden Folgen für den Berufsstand. Im folgenden möchte ich stärker auf den Bereich der geplanten Änderungen für den Jahresabschluss und die sich damit ändernden Anforderungen an den Berufsstand eingehen.

Eine für die Abschlussprüfer bedeutsame Änderung ist im Bereich der Anhangangaben geplant. Das BilReG-E fordert die Angabe des für die Abschlussprüfung und sonstige Dienstleistungen insgesamt gezahlten Honorars inklusive der Angabe, ob – und wenn ja – in welcher Höhe das Honorar für die sonstigen Dienstleistungen das für die Abschlussprüfung gezahlte Honorar übersteigt.

Die entsprechende Vorschrift gilt gem. BilReG-E auch für den Konzernabschlussprüfer.

In der Gesetzesbegründung wird ausgeführt, dass es sich hierbei um eine Mindestinformation über das Honorar der Abschlussprüfung an den Bilanzleser handelt. Ziel dieser Vorschrift ist eine erhöhte Transparenz und die Dokumentation der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers in der Öffentlichkeit. Die Forderung zur Aufnahme

des Honorars in den Anhang entstammt den Anforderungen der EU-Kommissionsempfehlung zur Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

Bedingt durch die öffentliche Zugänglichkeit des Handelsregisters ist somit das Honorar jeder Abschlussprüfung aus den Anhangangaben für die interessierte Öffentlichkeit (insb. auch den Konkurrenten auf dem Prüfungsmarkt) zugänglich. Es bleibt zu hoffen, dass sich durch diese geplanten Änderungen der Trend zu Dumping-Angeboten (mit seinen negativen Auswirkungen auf die Qualität der Abschlussprüfung) nicht verstärken wird.

Gravierende Änderungen werden sich auch im Bereich des Lageberichts ergeben. In §§ 289 HGB-E und 315 HGB-E werden deutliche Ausweitungen der Anforderungen an den Lagebericht kodifiziert.

Der Lagebericht soll nach dem bisherigem Stand des Regierungsentwurfs folgende Mindestanforderungen erfüllen:

„Im Lagebericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Kapitalgesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Er hat darüber hinaus eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft zu enthalten. In die Analyse sind die für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren einzubeziehen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben zu erläutern. Ferner sind im Lagebericht die wesentlichen Ziele und Strategien der gesetzlichen Vertreter der Kapitalgesellschaft zu beschreiben sowie die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben.“

Darüber hinaus sind Angaben zu den Risikomanagementzielen und -methoden der Gesellschaft einschließlich der Methode der Absicherung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten, sofern dies für die Beurteilung der Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung von Belang ist, vorzunehmen.

Große Kapitalgesellschaften sind zusätzlich verpflichtet die Analyse der Geschäftstätigkeit auch auf nicht finanzielle Leistungsfaktoren, wie z.B. Informationen über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange, auszuweiten. Die Regierungsbegründung führt ferner aus, dass es sich im Gesetz nicht um eine abschließende Aufzählung handelt, sondern sich auch auf die Entwicklung des Kundstammes, das Humankapital, den Bereich Forschung und Entwicklung, unter Umständen sogar auch die – z.B. durch Sponsoring oder karitative Zuwendungen seitens des Unternehmens geförderte – gesellschaftliche Reputation der Kapitalgesellschaft beziehen kann.

Im Vergleich zu den bestehenden Anforderungen an den Inhalt des Lageberichts ist folgendes festzustellen:

Die erste Änderung, die Darstellung des Geschäftsergebnisses, stellt eine rein deklaratorische Erweiterung dar, da davon auszugehen ist, dass diese Ausführungen bereits in der Vergangenheit in den meisten Fällen enthalten waren.

Einen ganz anderen Charakter hat jedoch die Erweiterung über Angaben zu den Zielen und Strategien der Unternehmen sowie die Erläuterungen der Chancen und Risiken inklusive der zugrunde liegenden Annahmen. Denn die Gesetzesbegründung geht davon aus, dass der Gehalt des Lageberichts sich mittels entscheidungsrelevanter Informationen insofern erhöht, als dass dem Investor ein **Soll-Ist-Vergleich** ermöglicht wird. Es sind folglich Angaben zu Budgetabweichungen darzustellen, die dem Investor die Möglichkeit eröffnen, Planungsqualität und -fähigkeit des Managements im Zeitablauf nachzuvollziehen und sich hierdurch ein eigenes Urteil über die Möglichkeit der Erreichung der neuen Ziele und Strategien zu bilden.

Der **Lagebericht** ist damit auf dem Weg, sich zu einem **Value-Reporting** weiterzuentwickeln. Die Bilanzadressaten erhalten für diesen Bereich ähnliche Informationen wie ein Aufsichtsrat über die Follow-up Berichterstattung gem. § 90 Abs. 1 Nr. 1 AktG. Ein Investor soll in die Lage versetzt werden, aufgrund der Angaben im Jahresabschluss ein bereinigtes Ergebnis als Basis für weitere Prognoseberechnungen zu erhalten.

Ein weiterer Punkt erscheint an dieser Stelle erwähnenswert: Die Anforderung einen (Konzern-)Lagebericht nach diesen Vorgaben zu erstellen, wird sich auch bei einer Umstellung auf IAS/IFRS nicht vermeiden lassen. Der § 315 HGB-E gilt gerade auch für solche Unternehmen, die einen Jahresabschluss nach internationalen Vorschriften erstellen, obwohl die IAS/IFRS die Erstellung eines Lageberichts deutscher Form nicht vorsehen.

Die oben skizzierten Änderungen im Jahresabschluss werden z.T. gravierende Änderungen bereits für das laufende Geschäftsjahr, spätestens aber für das nach dem 31. Dezember 2004 beginnende Geschäftsjahr (je nach Anwendungsvorschrift) nach sich ziehen, auf deren Auswirkungen sich sowohl Mandant als auch Abschlussprüfer einzustellen haben.

Diese Änderungen sollten dem Mandanten rechtzeitig mitgeteilt werden, so dass er sich entsprechend *frühzeitig* auf sie einstellen kann. Gerade für mittelständische Unternehmen sind die Umsetzungen mit einem höherem zeitlichen und personellen Aufwand verbunden, da sie im Regelfall nicht über das hierzu notwendige Informationssystem verfügen. Gleichzeitig ist diese Klientel aufgrund der Offenlegungsverpflichtungen nach wie vor bestrebt, nur ein Minimum an Informationen in den Lagebericht aufzunehmen. **Daher ist in diesem Bereich der Abschlussprüfer gut beraten, bereits jetzt, wenn er beim Mandanten vor Ort ist, über die Neu-Anforderungen zu informieren.** Es ist nach derzeitigem Kenntnisstand wohl nicht davon auszugehen, dass die skizzierten Pas-

sagen des BilREG-E im weiteren Gesetzgebungsprozess noch wesentlich geändert werden.

In den Fachausschüssen der GCPAS werden aktuell diese und weitere durch das BilReG geplante Änderungen diskutiert. Wir werden Sie im Rahmen der kommenden GCPAS-NewsFlash's fortlaufend informieren.

Herzliche Grüße

Ihr Alexander Spieß

Im Namen von
Council und Executive Committee
German CPA Society e.V.

Informationen zu den Fachausschüssen finden Sie unter www.GCPAS.org.

Für Anregungen aus dem Mitgliederkreis sind wir jederzeit dankbar und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung (kontakt@GCPAS.org).

SPECIAL TOPICS

IAS/IFRS-Umstellung: Eine Frage der Liquidität – Lohnt für mittelständische Unternehmer die Umstellung auf IAS/IFRS?

Beitrag von Prof. Dr. Peter Leibfried – President of GCPAS-Council – und Ingo Weber – GCPAS-Member

Quelle: Consultant 3/2004, S. 50-51 (download unter www.GCPAS.org und www.fas-ag.de)

Eine Frage der Liquidität – Lohnt für mittelständische Unternehmer die Umstellung auf IAS/IFRS? Die Antwort lautet in vielen Fällen: ja. Steuerberater, die ihren Mandanten dazu raten können, profitieren ebenfalls – falls zu ihrem Beratungsspektrum die betriebswirtschaftliche Beratung zählt.

Die seit Jahren stabile Welt der handelsrechtlichen Rechnungslegung ist in Bewegung geraten. Beleg sind die neuen, internationalen Bilanzierungsstandards IAS/IFRS, die mittlerweile auch von vielen mittelständischen Unternehmen angewendet werden. Dieser Trend hat seine Ursachen in der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft und den gestiegenen Eigenkapitalanforderungen, die Basel II den Banken vorgibt. Da die IAS/IFRS zu einer deutlichen Abkehr von den bisherigen Grundsätzen der Bewertung und Offenlegung führen, ergeben sich sowohl auf Mandanten- als auch auf Beraterseite erhebliche Unsicherheiten. Beratern stellt sich die Frage, welche Mandanten für eine Umstellung in Frage kommen und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Den rechtlichen Rahmen für eine Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften hat die Europäische Union im Sommer 2002 geschaffen. Sie beschloss damals, dass die IAS/IFRS ab 2005 von allen börsennotierten Unternehmen verpflichtend anzuwenden sind. Für die Abschlüsse nicht börsennotierter Unternehmen wurden verschiedene Wahlrechte geschaffen.

In Deutschland ist nach den aktuellen Gesetzesentwürfen der Bundesregierung **folgender Ablauf wahrscheinlich:**

- Unternehmen mit börsennotierten Eigenkapitalpapieren (Aktien) sind verpflichtet, ab 2005 ihre Konzernabschlüsse nach IAS/IFRS zu erstellen
- Unternehmen mit börsennotierten Fremdkapitalpapieren (Anleihen) wird eine Übergangsfrist bis 2007 eingeräumt
- Nicht börsennotierte Unternehmen haben ab 2005 ein Wahlrecht, ihren Konzernabschluss ebenfalls nach IAS/IFRS zu erstellen
- Einzelabschlüsse können ab 2005 zu Informationszwecken (Handelsregister) ebenfalls nach IAS/IFRS erstellt werden, wobei für Besteuerung und Ausschüttung weiterhin die nach HGB ermittelten Zahlen maßgeblich sind.

Bei diesen Vorgaben sollten Berater beachten, dass eine Umstellung nicht ad hoc erfolgen kann, sondern eines erheblichen zeitlichen Vorlaufes bedarf. Da ein Ab-

schluss nach IAS/IFRS immer Vergleichszahlen des Vorjahres enthalten muss, ist z. B. für einen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 eine IAS/IFRS-Bilanz zum 31. Dezember 2005, zum 31. Dezember 2004 (als Vorjahresbilanz) und zum 1. Januar 2004 (als Eröffnungsbilanz) erforderlich. Außerdem hat die Umstellung auch erhebliche Auswirkungen auf Kostenrechnung, Controlling und Unternehmensplanung, weil diese ebenfalls auf Basis von IAS/IFRS erfolgen sollten.

Umstellungsmaßstab ist die Kosten-/Nutzenanalyse

Maßgebend für die Entscheidung über eine Umstellung ist die klassische Kosten-/ Nutzenanalyse. Auf der Kostenseite ist der Aufwand für die Umstellung zu berücksichtigen, der je nach Unternehmen sehr unterschiedlich ausfallen kann. Erhebliche Aufwendungen sind insbesondere zu befürchten, wenn

- bilanzielle Sonderthemen wie Finanzinstrumente oder langfristige Auftragsfertigung vorliegen
- die personellen Ressourcen des Unternehmens im Finanzbereich oder die bestehenden Prozesse und Verfahren verbesserungsfähig sind
- bisher keine konsolidierten Abschlüsse erstellt wurden und die Berichtswege der Gesellschaften uneinheitlich und unregelmäßig sind

Auf der anderen Seite der Medaille steht der Nutzen, den eine Umstellung mit sich bringen kann. Laut einer Praxisbefragung unter 329 zufällig ausgewählten, in Deutschland börsennotierten Unternehmen im Juli des letzten Jahres (vgl. Grafik), zählten für freiwillig umstellende mittelständische Unternehmer beispielsweise ein besseres **Rating** und ein etwaiger Unternehmensverkauf dazu.

Diese Motive dürften vor allen Dingen Steuerberater freuen, die sich als betriebswirtschaftlicher Berater verstehen. Für die Beratungspraxis ist darüber hinaus interessant, dass viele Unternehmen die Umstellung als Chance nutzen, ihr Rechnungswesen neu auszurichten. Die Vorteile einer Umstellung beim Unternehmensverkauf ergeben sich aus den weiter zunehmenden grenzüberschreitenden Zusammenschlüssen und aus der Nachfolgeproblematik im Mittelstand. Zum einen wird das Anbieten eines Unternehmens durch IAS/IFRS erleichtert, da diese Standards bei ausländischen Investoren oder Beteiligungsgesellschaften großes Vertrauen genießen. Zum anderen ist spätestens nach dem Unternehmensverkauf an ein Großunternehmen oder der Beteiligung durch einen Finanzinvestor eine Umstellung ohnehin unabdingbar.

Die positiven Auswirkungen von IAS/IFRS auf das Rating sind offensichtlich: Der Zinssatz für ein Darlehen ergibt sich aus einer risikolosen Basisrendite zuzüglich eines vom jeweiligen Unternehmen abhängigen Risikozuschlags. Dieser Zuschlag hängt u.a. von Umfang und Transparenz der zur Verfügung gestellten Informationen ab. Da die IAS/IFRS durch ihre betriebswirtschaftlich ausgerichtete Bewertung deutlich mehr Informationen und Transparenz als das HGB bieten, ergibt sich ein

tendenziell geringerer Risikoaufschlag. **Außerdem führen die IAS/IFRS häufig zu einer höheren Eigenkapitalquote**, z. B. durch die Neubewertung von Grundstücken und Gebäuden und zu einer Erhöhung des Ergebnisses vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA). Gerade diese Kenngrößen werden von den meisten Ratingsystemen als zentrale Beurteilungskriterien genutzt. Weiterhin ist ein wesentlicher Bestandteil einer Kreditentscheidung der Vergleich mit anderen Unternehmen (**Benchmarking**). Hier ist mittelfristig nicht davon auszugehen, dass Banken sowohl IAS/IFRS- als auch HGB-Vergleichsdaten für die verschiedensten Branchen vorrätig halten. **Da der Trend zu den IAS/IFRS nicht zu verkennen ist, wird für größere Finanzierungen ein internationaler Abschluss bald unabdingbar sein.**

Der Umstellungsaufwand wird sich somit in jedem Fall ergeben; wer früher umstellt, positioniert sich den Banken gegenüber noch eher als innovatives Unternehmen. Eine Umstellung auf IAS/IFRS ist deshalb Mandanten anzuraten, die

- über relativ hohe Kreditvolumina verfügen
- auf der Suche nach Eigenkapitalgebern sind oder
- veräußert werden sollen

Dabei sollte der Berater berücksichtigen, dass die Umstellung auf IAS/IFRS je nach Branche unterschiedlichste Auswirkungen hat. So ist bei Unternehmen im Dienstleistungsbereich oftmals von eher geringen Effekten auszugehen, während es bei Unternehmen mit großem Anlagevermögen zu signifikanten Veränderungen kommen kann.

Bei der Umstellung gilt die Devise: nichts überstürzen.

Darüber hinaus sollte eine Umstellung auch nicht zu früh erfolgen, da Firmenkundenbetreuer insbesondere in kleineren Banken auf Grund von fehlenden Vergleichsdaten und Erfahrungen noch Schwierigkeiten haben könnten, IAS/IFRS-Abschlüsse richtig und sinnvoll zu interpretieren. Obwohl für viele Unternehmen eine Umstellung wohl unausweichlich sein dürfte, empfiehlt es sich, mit Bedacht vorzugehen. Als erste Weichenstellungen in Richtung IAS/IFRS bietet sich eine Analyse der Jahresabschlüsse im Hinblick auf potenzielle Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede an. Ein weiterer Schritt könnte sein, das Finanz- und Rechnungswesen daraufhin zu beurteilen, ob und in welchem Umfang die zusätzliche Bewertungsebene eingerichtet werden kann.

IAS/IFRS als Geschäftsfeld für Steuerberater

Doch nicht nur Mandanten bringt die Umstellung auf die neuen Rechnungslegungsvorschriften Vorteile. Denn Steuerberatern eröffnet sie ein zusätzliches Beratungsfeld und die Möglichkeit, sich neben der steuerlichen Beratung auch als betriebswirtschaftlicher Berater zu positionieren. Neben diesem, eher kurzfristigen Aspekt, sollte jedoch die mittelfristige Dimension nicht unterschätzt werden. Durch den positiven Einfluss von

IAS/IFRS auf die Finanzierung wird das Unternehmen des Mandanten auch langfristig stabilisiert. Darüber hinaus können Steuerberater über ihre Kompetenz in Fragen der neuen Rechnungslegung erreichen, dass Mandate auch bei einem Verkauf an einen internationalen Konzern erhalten bleiben. Allerdings dürfen trotz aller Vorteile Dimension und Komplexität der Umstellung auf IAS/IFRS nicht unterschätzt werden. Die neuen Standards erfordern nicht nur einige Überleitungsbuchungen, sie unterscheiden sich auch grundsätzlich und in vielen Details vom HGB. Ein entsprechend umfangreiches Know-how und Erfahrung sind deshalb im Umgang mit den IAS/IFRS erforderlich. Steuerberater und Mandant stehen also vor einer echten Herausforderung, der sie durch besonnenes aber rechtzeitiges Handeln begegnen sollten.

Zahlreiche Motive für die Umstellung auf IFRS

(Quelle: Köhler/Marten/Schlereth/Crampton in BB 2003, S. 2615 ff.)

Die Motive von Unternehmen unterscheiden sich häufig, je nach dem, ob die Umstellung auf IAS/IFRS freiwillig erfolgte oder Pflicht war. Eine schriftliche Befragung von 329 im Prime Standard der Deutschen Börse AG notierten Unternehmen (Rücklaufquote 27 Prozent) zeigt z.B. die besondere Bedeutung von Basel II bei freiwilligen Umstellungen.

| Motive für die Umstellung auf IFRS | Freiwillige Umstellung versus Umstellungspflicht |
|---|--|
| Stärkung der Position gegenüber Banken (Basel II) | Freiwillig: 57,9% Pflichtmäßig: 30,6% |
| Zumindest kurzfristig höherer Eigenkapitalausweis | Freiwillig: 60,6% Pflichtmäßig: 57,1% |
| Zumindest kurzfristig höherer Gewinnausweis | Freiwillig: 36,9% Pflichtmäßig: 49,0% |
| Erhöhung der Attraktivität bei M&A | Freiwillig: 63,1% Pflichtmäßig: 73,4% |
| Senkung der Integrationskosten bei M&A-Aktivitäten | Freiwillig: 76,3% Pflichtmäßig: 71,4% |
| Erhöhung der Attraktivität für potenzielle Investoren | Freiwillig: 81,6% Pflichtmäßig: 87,7% |
| Effizientere Gestaltung interner Prozesse | Freiwillig: 42,1% Pflichtmäßig: 84,6% |
| Signalisierung von Flexibilität und Innovationsbereitschaft | Freiwillig: 86,9% Pflichtmäßig: 49,0% |
| Signalfunktion gegenüber dem Aufsichtsrat | Freiwillig: 81,6% Pflichtmäßig: 53,1% |
| Bessere Steuerung durch erhöhte Transparenz | Freiwillig: 73,7% Pflichtmäßig: 55,1% |
| Vereinheitlichung des Reportings bei ausländischen Töchtern | Freiwillig: 71,1% Pflichtmäßig: 61,2% |

GCPAS-Anmerkung: [Ralph Brinkmann]

Leibfried/Weber betonen die kurzfristig rasant steigende Bedeutung der IAS/IFRS auch für den **steuerberaten den Berufsstand**. Dieser Prognose ist uneingeschränkt zuzustimmen. Allerdings dürfte diese steigende Bedeutung der IAS/IFRS, die auch die zukünftigen **Marktchan-**

cen der Steuerberater determiniert, insbesondere im steuerberatenden Mittelstand noch nicht ausreichend registriert worden sein.

Zitat eines renommierten Seminaranbieters anlässlich eines Seminars Anfang Februar 2004 zu aktuellen Rechtsänderungen im Steuerrecht:

„Noch ein Wort zu den IAS: Da wird viel Winde gemacht, als StB können sie sich zurücklehnen, da nur für börsennotierte Unternehmen relevant, in den Einzelabschluss wird das nie kommen.“

Aus meiner Sicht eine krasse Fehleinschätzung. Deshalb war ich überrascht, dass sich der überwiegende Teil des Auditoriums tatsächlich erleichtert zurücklehnte und ich Aussagen vernehmen konnte wie z.B. folgende: *„Gut, dass wir nicht alles aus Fair Value America übernehmen, das Vorsichtsprinzip deutscher Prägung ist den IAS weit überlegen.“*

Es ist völlig verständlich, dass sich der steuerberatende Berufsstand gerade zum Jahreswechsel intensiv mit der immensen Flut von neuen und geänderten Steuergesetzen (StÄndG 2003, HBegIG 2004, Korb II, Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit, Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze) befassen muss. Hinzu kommt, dass eine Fülle von Rechtsprechungsänderungen des BFH sowie BMF-Schreiben bei der aktuellen Beratung berücksichtigt werden müssen.

Die obersten Vertreter des Berufsstandes der Steuerberater beklagen das Chaos in der Steuergesetzgebung ausdrücklich:

„Wenn dem Steuerbürger und seinem Berater wenige Tage vor Jahreswechsel noch unklar ist, welche Gesetze ab dem 1. Januar anzuwenden sind, dann ist die Grenze des Zumutbaren nicht nur erreicht, sie ist weit überschritten. Nur radikales Umdenken und ein starker Wille zu Reformen können verhindern, dass sich solche Rechtsunsicherheit wiederholt. [...] Durch dieses Hin und Her um die Steuerentlastung erreichte die Terminhektik zum Jahresausklang ein nie gekanntes Ausmaß. [...] Dabei würden wir viel lieber unsere Mandanten vorausschauend steuerlich und betriebswirtschaftlich beraten.“

[Quelle: Dr. Klaus Heilgeist, StB/WP, Präsident der Bundessteuerberaterkammer, in: Kammer Report Februar 2004, Beihefter zu DStR 6/2004]

Die Belastung des steuerberatenden Berufsstandes in der Kerntätigkeit der Steuerberatung (§ 33 StBerG) durch die aktuelle Steuergesetzgebung ist also enorm.

Dennoch: Will man in Zukunft als Steuerberater das Ziel, umfassender **betriebswirtschaftlich zu beraten** (§ 57 Abs. 3 StBerG) erreichen, muss man sich auch der Belastung durch die IAS/IFRS stellen und diese Belastung als Chance begreifen. Die fundierte Ausbildung der

Steuerberater in Deutschland auch im betriebswirtschaftlichen Bereich prädestiniert diesen Berufsstand dazu, gerade im Mittelstand bei der Einführung und betriebswirtschaftlichen Beratung im Zusammenhang mit IAS/IFRS und Basel II eine führende Rolle zu spielen. Die mittelständischen Mandanten dürfen erwarten, von ihren Steuerberatern rechtzeitig auf Bedeutung und Folgen von IAS/IFRS und Basel II hingewiesen und vorbereitet zu werden.

Die Belastung insbesondere durch die IAS/IFRS kann durch eine Kooperation mit dem Berufsstand der CPA vermindert werden.

Da wohl nur wenige kleine und mittlere WP/vBP und StB den internationalen Bereich zusätzlich zu ihrem bisherigen Geschäft voll abdecken können, erscheint hier eine Kooperation mit CPAs ein erfolgsversprechendes Modell für die Zukunft. Mittelständische, individuelle Betreuungs- und Beratungsbeziehungen bleiben so erhalten, während zusätzliche Kompetenzen gezielt hinzugenommen werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis CPAs als Partner und Gesellschafter auch von mittelständischen Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungskanzleien auftreten; vereinzelt sind solche Tendenzen schon zu beobachten. Die so gebildeten Teams dürften auch gegenüber den großen internationalen WP-Gesellschaften konkurrenzfähig sein, die mittlerweile bedrohlichen Konzentrations-tendenzen könnten dadurch abgeschwächt werden.

So erwartet z.B. Vorstandssprecher Wiedmann von der Umstellung auf IAS „eine Zunahme der mittelständischen Mandanten bei der KPMG“ (Jahrespressekonferenz, FAZ v. 3. Mai 2001 S. 22). Die Etablierung des international ausgerichteten CPA-Berufsstandes auch im Mittelstand kann diese Entwicklung stoppen und zu einer wieder ausgewogeneren Anbieterstruktur auf dem Markt für Jahresabschlussstellungs- und Prüfungsdienstleistungen sorgen. Es besteht kein Zweifel, dass die großen, in internationalen Netzwerken aufgestellten Prüfungsgesellschaften der richtige Ansprechpartner für die Prüfung großer, global tätiger Konzerne sind. Ein Exklusivrecht auf Erstellung oder Prüfung der Abschlüsse nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen im Mittelstand haben sie jedoch nicht. Der Mittelstand muss einer derartigen Entwicklung aber selbst proaktiv entgegenwirken.

Die GCPAS steht interessierten Steuerberatern gerne als Ansprechpartner zur Verfügung, um Kooperationen mit CPAs im Mittelstand zu verwirklichen.

IAS/IFRS-Umstellung: Kulturelle Revolution statt einfacher Konvertierung – Ernst & Young stellt aktualisierte Studie vor

GCPAS-Anmerkung: [Robert Kraska/Ralph Brinkmann]

Bereits im GCPAS-NewsFlash 01-2004 (S. 14) haben wir Sie auf die bevorstehende Veröffentlichung der aktualisierten Studie von Ernst & Young hingewiesen:

Studie Ernst & Young
IAS/IFRS Umstellung: Kulturelle Revolution statt einfacher Konvertierung
Wie Unternehmen mit der möglichen Umstellung auf die neuen IAS/IFRS-Rechnungslegungsgrundsätze umgehen.

Die Ernst & Young Studie kann jetzt unter www.de.ey.com kostenfrei bestellt werden.

Executive Summary (Quelle: www.de.ey.com)

Noch immer unterschätzen viele Unternehmen die Chancen und Auswirkungen der Umstellung ihres Zahlenwerkes auf IFRS. Vor allem verkennen viele Manager die Möglichkeiten, die die IFRS aufgrund ihrer Nähe zum Controlling für eine effektivere Unternehmenssteuerung bieten. Zugleich haben noch nicht alle Unternehmen ein IFRS Umstellungsteam aufgesetzt und die Fragen der Auswirkungen der IFRS Bilanzierung auf die Geschäftstätigkeit ausgewertet. Das sind die Ergebnisse einer Untersuchung, die Ernst & Young bereits zum zweiten Mal durchgeführt hat.

2003 haben wir im Rahmen einer repräsentativen Untersuchung im Zusammenhang mit der Umstellung auf IAS/IFRS die Frage aufgebracht, ob es sich dabei um eine einfache Konvertierung oder eine kulturelle Revolution handelt. Das Ergebnis war eindeutig: Nur wenige Unternehmen konnten seinerzeit alle Konsequenzen voraussehen.

Mit zunehmender Brisanz – und einem steigenden Bewusstsein unter den Entscheidungsträgern – haben wir uns im Herbst 2003 ein zweites Mal diesem Thema angenommen. Das Ziel der Untersuchung war es, festzustellen, wie sich die Einstellung der Unternehmen zu IAS/IFRS innerhalb eines Jahres verändert hat. Darüber hinaus wurde erstmals die Öffentlichkeit, repräsentiert durch Banken, Ratingagenturen und Wirtschaftsjournalisten und Professoren, nach ihren Erwartungen im Rahmen der internationalen Rechnungslegung befragt.

HOT TOPICS

ACCOUNTING – IAS/IFRS – US GAAP

IASB: Neuregelung der Kategorien von Financial Assets in IAS 39

Quelle: InfoDienst IAS/IFRS der Akademie für Internationale Rechnungslegung, www.internationale-rechnungslegung.de

Der überarbeitete IAS 39 ersetzt die bisherige Kategorie von zu Handelszwecken gehaltenen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten durch eine neue Kategorie. Diese beinhaltet finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten, die zum Fair Value bewertet werden und deren Wertänderungen erfolgswirksam erfasst werden (fair value through profit or loss bzw. kurz: **FVTPL**). Darunter fallen Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten, welche eine der beiden folgenden Bedingungen erfüllen:

- a) Der Vermögenswert bzw. die Verbindlichkeit wird als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert. Diese Klassifizierung wird vorgenommen, wenn
 - diese mit der Absicht erworben oder eingegangen wurden, sie wiederum kurzfristig zu verkaufen bzw. zurückzukaufen;
 - er Teil eines Portfolios ist, für das substantielle Hinweise auf eine tatsächliche Folge von kurzfristigen Gewinnmitnahmen aus der jüngeren Vergangenheit vorliegen;
 - es sich um ein Derivat handelt (außer jene zu Absicherungszwecken (Hedging)).
- b) Bei der erstmaligen Erfassung kann jeder finanzielle Vermögenswert bzw. finanzielle Schuld dieser Kategorie zugeordnet werden. Ausgenommen davon sind Investments in Eigenkapitalinstrumente, für die es keinen Marktpreis gibt und deren Fair Value nicht verlässlich ermittelt werden kann.

Wird ein finanzieller Vermögenswert bzw. eine finanzielle Schuld zum Fair Value bilanziert und dessen Wertänderungen in der GuV erfasst, dann dürfen diese Finanzinstrumente in weiterer Folge nicht einer anderen Kategorie zugeordnet (reklassifiziert) werden.

Durch die Einführung dieser neuen Kategorie und dem Schaffen des Wahlrechts zur Fair Value Bilanzierung werden die zum Teil sehr komplexen Regelungen des Hedge-Accounting teilweise obsolet und auch einige Problemfelder von eingebetteten Derivaten erübrigen sich dadurch.

Die Definition von bis zur Endfälligkeit zu haltenden Finanzinvestitionen (held to maturity bzw. **HTM**) wurde genauer ausformuliert und die Konsequenzen im Fall einer nicht zweckgemäßen Einstufung verschärft. Bei der Definition wurde klar gestellt, dass dieser Kategorie keine Finanzinstrumente zugeordnet werden dürfen, die der Kategorie FVTPL oder der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte (Available for

Sale bzw. AFS) zugeordnet wurden bzw. jene, die die Definition von Krediten und Forderungen erfüllen.

Verkauft das Unternehmen einen nicht unwesentlichen Teil von bis zur Endfälligkeit zu haltenden Finanzinvestitionen, dann sind alle finanziellen Vermögenswerte aus dieser Kategorie zu entfernen und anderen Kategorien zuzuordnen. In den darauf folgenden **2 Jahren** dürfen **keine** finanziellen Vermögenswerte der Kategorie der bis zur Endfälligkeit zu haltenden Finanzinvestitionen zugeordnet werden. Bei der Wesentlichkeit von Verkäufen wird die Relation zwischen dem Wert der veräußerten finanziellen Vermögenswerte und dem Wert der gesamten Kategorie herangezogen. Nicht in die Betrachtung der Wesentlichkeitsgrenze einbezogen werden

- Verkauf von Vermögenswerten knapp vor deren Fälligkeit (z.B. weniger als 3 Monate), so dass Änderungen im Marktzinssatz keine wesentlichen Auswirkungen auf den Fair Value haben;
- Verkauf von Vermögenswerten, bei welchen die geplanten Erträge (financial asset's original principal) durch Zahlungen bzw. Vorauszahlungen bereits vereinnahmt wurden;
- Verkäufe, die aus einem einmaligen Ereignis resultieren, welches durch das Unternehmen nicht beeinflusst werden kann bzw. nicht vorhergesehen werden konnte (z.B. Insolvenz des Schuldners).

Die Kategorie vom Unternehmen **ausgereichte** Kredite und Forderungen wurde in **Kredite und Forderungen** (loans and receivables) umbenannt. Die wesentlichste Änderung im überarbeiteten Standard betrifft gekaufte Kredite, die nicht auf einem Markt gehandelt werden, welche jetzt ebenfalls unter dieser Kategorie ausgewiesen werden können. Kein Ausweis unter dieser Kategorie ist möglich, wenn Kredite bzw. Forderungen als HTM, AFS oder FVTPL klassifiziert werden.

Die Kategorie der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (Available for Sale bzw. **AFS**) ist nach wie vor als „Auffangkategorie“ konzipiert. D.h. alle finanziellen Vermögenswerte, die nicht einer anderen Kategorie zugeordnet werden, sind hier zu erfassen.

IASB Issues Standard on Share-based Payment (IFRS 2)

IASB-Press Release, 19th Feb 2004

The International Accounting Standards Board (IASB) today issued International Financial Reporting Standard 2 *Share-based Payment* (IFRS 2) on accounting for share-based payment transactions, including grants of share options to employees.

Recent events have emphasised the importance of high quality financial statements that provide neutral, transparent and comparable information to help users make economic decisions. However, before the issue of IFRS 2, there was no international accounting standard covering the recognition or measurement of share-based

payment, the use of which has expanded greatly in recent years. In particular, the omission of expenses arising from share-based payment transactions with employees has been highlighted by investors, other users of financial statements and other commentators as causing economic distortions and corporate governance concerns. The issue of IFRS 2 fills this gap in international standards.

The objective of IFRS 2 is to specify the financial reporting by an entity when it undertakes a share-based payment transaction. In particular, the IFRS requires an entity to reflect in its profit or loss and financial position the effects of share-based payment transactions, including expenses associated with transactions in which share options are granted to employees.

Introducing the exposure draft, Sir **David Tweedie**, IASB Chairman, said:

“This standard addresses an area of accounting that has been a concern to users of financial statements for some time. Recently, those concerns increased substantially, when major corporate failures demonstrated the importance of transparent, unbiased and complete financial statements. In particular, investors and others have highlighted the need for proper accounting for employee share options. **Typically, transactions in which share options are granted to employees are not recognised in an entity’s financial statements. As a result, the entity’s expenses are understated and its profits are overstated, which is potentially misleading to users of financial statements.** The objective of IFRS 2 is to require that, no matter what form of remuneration is used, the entity recognises the associated expenses. In this way, IFRS 2 will improve the quality of financial reporting by giving a clearer and more complete picture of an entity’s activities, which will assist investors and other users of financial statements to make informed economic decisions.”

Copies of IFRS 2 *Share-based Payment* (ISBN 1-904230-40-7) are available, at £15 each (€24/US\$23) including postage, from:

IASB Publications Department, 30 Cannon Street, London EC4M 6XH, United Kingdom. Tel: 44 (0)20 7332-2730, Fax: 44 (0)20 7332 2749, email: publications@iasb.org. Web: www.iasb.org

Subscribers to the IASB’s *Comprehensive Subscription Service* can view the IFRS from the secure subscriber area of the IASB’s Website.

Summary of IFRS 2

1. The main requirements of IFRS 2 are:

- The IFRS requires an entity to recognise share-based payment transactions in its financial statements, including transactions with employees or other parties to be settled in cash, other assets, or equity instruments of the entity. **There are no exceptions to the IFRS**, o-

ther than for transactions to which other Standards apply.

- In principle, transactions in which goods or services are received as consideration for equity instruments of the entity should be measured at the fair value of the goods or services received, unless that fair value cannot be estimated reliably. If the entity cannot estimate reliably the fair value of the goods or services received, the entity is required to measure the transaction by reference to the fair value of the equity instruments granted.
- For transactions with employees and others providing similar services, the entity is required to measure the fair value of the equity instruments granted, because it is typically not possible to estimate reliably the fair value of employee services received. The fair value of the equity instruments granted is measured at grant date.
- For transactions with other parties (ie other than employees and those providing similar services), there is a rebuttable presumption that the fair value of the goods or services received can be estimated reliably. That fair value is measured at the date the entity obtains the goods or the counterparty renders service. In rare cases, if the presumption is rebutted, the transaction is measured by reference to the fair value of the equity instruments granted, measured at the date the entity obtains the goods or the counterparty renders service.
- For goods or services measured by reference to the fair value of the equity instruments granted, the IFRS specifies that, in general, vesting conditions are not taken into account when estimating the fair value of the shares or options at the relevant measurement date (as specified above). Instead, vesting conditions are taken into account by adjusting the number of equity instruments included in the measurement of the transaction amount so that, ultimately, the amount recognised for goods or services received as consideration for the equity instruments granted is based on the number of equity instruments that eventually vest.
- The IFRS requires the fair value of equity instruments granted to be based on market prices, if available, and to take into account the terms and conditions upon which those equity instruments were granted. In the absence of market prices, fair value is estimated, using a valuation technique to estimate what the price of those equity instruments would have been on the measurement date in an arm’s length transaction between knowledgeable, willing parties.
- The IFRS also sets out requirements if the terms and conditions of an option or share grant are modified (eg an option is repriced) or if a grant is cancelled, repurchased or replaced with another grant of equity instruments.
- For cash-settled share-based payment transactions, the IFRS requires an entity to measure the goods or services acquired and the liability incurred at the fair value of the liability. Until the liability is settled, the entity is required to remeasure the fair value of the liability at each reporting date and at the date of settlement, with any changes in value recognised in profit or loss for the period.

- The IFRS also sets out requirements for share-based payment transactions in which the terms of the arrangement provide either the entity or the supplier of goods or services with a choice of whether the entity settles the transaction in cash or by issuing equity instruments.
- The IFRS prescribes various disclosure requirements to enable users of financial statements to understand:
 - (a) the nature and extent of share-based payment arrangements that existed during the period;
 - (b) how the fair value of the goods or services received, or the fair value of the equity instruments granted, during the period was determined; and
 - (c) the effect of share-based payment transactions on the entity's profit or loss for the period and on its financial position.
- 2. Before the issue of IFRS 2, there was no existing International Financial Reporting Standard on the recognition or measurement of share-based payment. The requirements in IFRS 2 replace the disclosure requirements in IAS 19 *Employee Benefits* that deal with equity compensation benefits.
- 3. As with IFRS 1, the IASB is publishing IFRS 2 as three separate booklets. The first contains the mandatory requirements of the IFRS; the second contains the IASB's Basis for Conclusions, which sets out the IASB's reasoning behind the requirements in the IFRS; and the third consists of implementation guidance, including various illustrative examples.

Summary of due process

- 4. In July 2000, IASC (the IASB's predecessor body), along with other members of the G4 1 group,* published for public comment a Discussion Paper Accounting for Share-based Payment. In July 2001, the IASB added a project on share-based payment to its agenda, and agreed that the product of the first stage of the project should be the development of an Exposure Draft of an IFRS. In September 2001, the IASB invited additional comments by 15 December 2001 on the IASC/G4 1 Discussion Paper. The IASB considered the comments received when developing an exposure draft and received input from its Standards Advisory Council (SAC). Furthermore, the IASB was assisted by the project's Advisory Group, consisting of individuals from various countries and with a range of backgrounds, including people from the investment, corporate, audit, academic, compensation consultancy, valuation, and regulatory communities. The IASB received further assistance from other experts at a panel discussion held in New York City in July 2002. In November 2002, the Board published an Exposure Draft, ED 2 Share-based Payment, with a comment deadline of 7 March 2003. The Board considered the comments received in finalising IFRS 2, and received further input from SAC. The Board also worked with the Financial Accounting Standards

Board (FASB) after that body added to its agenda a project to review US accounting requirements on share-based payment. This included participating in meetings of the FASB's Option Valuation Group and meeting the FASB to discuss convergence issues.

About the IASB

- 5. The IASB, based in London, began operations in 2001. It is funded by contributions collected by its Trustees, the IASC Foundation, from the major accounting firms, private financial institutions and industrial companies throughout the world, central and development banks, and other international and professional organisations. The 14 IASB members (12 of whom are full-time) reside in nine countries and have a variety of professional backgrounds. The IASB is committed to developing, in the public interest, a single set of high quality, global accounting standards that require transparent and comparable information in general purpose financial statements. In pursuit of this objective, the IASB cooperates with national accounting standard-setters to achieve convergence in accounting standards around the world.

* The G4 1 comprised members of the national accounting standard-setting bodies of Australia, Canada, New Zealand, the UK and the US, and IASC.

GCPAS-Anmerkung: [Ralph Brinkmann]

Das IASB schließt mit IFRS 2 die bisher bestehende Lücke im Hinblick auf den Ausweis von Stock Options im Jahres- und Konzernabschluss und leistet damit einen wesentlichen Beitrag für eine transparentere Rechnungslegung.

Stock Options sind nunmehr **aufwandswirksam** im Income Statement zu berücksichtigen. Die Bewertung aktienbasierter Vergütungen hat zum **Fair Value** zu erfolgen. Die Bewertung beginnt im Zeitpunkt der Zusage, die Wertansätze variieren über die Laufzeit in Abhängigkeit der Entwicklung der Zeitwerte.

Effective Date: Die Anwendung von IFRS 2 ist ab 2005 verpflichtend, die frühere Anwendung (also insbesondere in den Abschlüssen für 2004) wird empfohlen. Dies gilt in Deutschland insbesondere für befreiende Konzernabschlüsse nach IAS/IFRS gem. § 292a HGB für 2004. Es ist davon auszugehen, dass auch die EU-Kommission IFRS 2 das erforderliche Endorsement erteilen wird. Damit wird IFRS 2 auch in den laufenden Umstellungsprojekten eine zentrale Rolle spielen, um die Verpflichtung europäischer kapitalmarktorientierter Unternehmen, den Konzernabschluss ab 2005 nach IAS/IFRS aufzustellen, zu erfüllen.

Convergence with US-GAAP:

Auch die US GAAP (SFAS 123) sehen die Fair Value Method als Preferable Method an. Allerdings konnte als

Alternative Method der Aufwand auch nach dem Intrinsic Value ermittelt werden.

Das FASB hat mit dem IASB in dieser Frage eng zusammengearbeitet und wird Ende März 2004 einen Exposure Draft vorlegen, der weitgehend mit dem IFRS 2 überstimmen soll.

Ob die Übereinstimmung vollständig sein wird, oder wesentliche Abweichungen bestehen bleiben werden, kann erst anhand des neuen FASB-Exposure Drafts untersucht werden.

Das **US GAAP Practice Committee** (Standing Technical Committee) der **GCPAS** wird sich mit dieser Frage befassen.

Aus Platzgründen sehen wir davon ab, den derzeit bekannten Standpunkt des FASB ungekürzt abzdrukken. Die Einzelheiten können unter http://www.fasb.org/project/equity-based_comp.shtml abgerufen werden.

An dieser Stelle nur wesentliche Auszüge:

FASB Project Updates

Equity-Based Compensation - Last Updated: January 23, 2004

The staff has prepared this summary of Board decisions for information purposes only. Those Board decisions are tentative and do not change current accounting. Official positions of the FASB are determined only after extensive due process and deliberations.

Objectives

In March 2003, the Board added a project to address issues related to **equity-based compensation (EBC)**. The objective of this project is **to cooperate with the IASB to achieve convergence to one single, high-quality global accounting standard on EBC**. The Board added this project to its agenda because of user concerns, concerns about comparability and the Board's goal of convergence.

This project will address that lack of comparability by resolving the following main issues: (1) whether compensation paid in the form of equity instruments (and other EBC arrangements) should be recognized in the financial statements and (2) how should compensation in the form of equity instruments (and other EBC arrangements) be measured in the financial statements. **The ultimate goal is the establishment of one method for the recognition and measurement of EBC transactions that would be followed by all companies applying U.S. GAAP and international accounting standards.**

Decisions Reached at the Last Meeting

At the January 14, 2004 meeting, the Board considered various issues that were identified by the staff during the

course of drafting the Exposure Draft as well as certain other issues. The Board made the following decisions with respect to those issues:

Übersicht der Themenbereiche: (Einzelheiten unter www.fasb.org):

- Scope-Related Issues
- Issues Related to Equity and Liability Classification of Awards
- Measurement and Attribution Issues
- Other Issues

Cost-Benefit Survey for Commercial Software and Software Service Providers

Der Survey steht unter www.fasb.org zum download zur Verfügung.

Immediate Plans – FASB

The Board plans to continue deliberations on this project in the Fourth Quarter of 2003. **The issuance date of the Exposure Draft is scheduled for the First Quarter of 2004.** The Board has set a goal of completing its redeliberations and issuing a final Statement in the second half of 2004.

Summary of Tentative Decisions – FASB

Umfangreiche Informationen dazu unter www.fasb.org.

History and Background

Currently, EBC transactions with employees and nonemployees are accounted for under various standards, including FASB Statement No. 123, *Accounting for Stock-Based Compensation*; APB Opinion No. 25, *Accounting for Stock Issued to Employees*, and its related interpretations; AICPA Statement of Position 93-6, *Employers' Accounting for Employee Stock Ownership Plans*; and EITF Issue No. 96-18, *Accounting for Equity Instruments That Are Issued to Other Than Employees for Acquiring, or in Conjunction with Selling, Goods or Services*. The result of those standards is that similar EBC transactions can be accounted for differently; consequently, there is a lack of comparability among enterprises that use EBC. That lack of comparability has been exacerbated by the recent trend of public enterprises adopting the fair value provisions of Statement 123.

In November 2002, the FASB issued an [Invitation to Comment](#), *Accounting for Stock-Based Compensation: A Comparison of FASB Statement No. 123, Accounting for Stock-Based Compensation, and Its Related Interpretations, and IASB Proposed IFRS, Share-based Payment*, that compares the fair value based method of accounting for EBC in Statement 123 with the fair value based method of accounting for EBC in the **proposed IFRS**. The Board issued the Invitation to Comment to achieve

two objectives: the first objective was to provide information that would be useful to constituents that wished to comment on the IASB's proposed IFRS (the comment letter deadline for the proposed IFRS was March 7, 2003), and the second objective was to solicit views from constituents on the key differences between the proposed IFRS and Statement 123 and on certain other issues associated with accounting for EBC at fair value. The comment letter deadline for the Invitation to Comment was February 1, 2003; as of February 28, 2003, the FASB had received 293 comment letters responding to the Invitation to Comment. Those comment letters were reviewed and discussed at the March 12, 2003 Board meeting.

At the March 12, 2003 Board meeting the Board reviewed and discussed the comment letters received in response to the Invitation to Comment (See below). The Board also discussed issues relating to whether a project on equity-based compensation should be added to its agenda. At that meeting, the Board decided to add a project on equity-based compensation to the agenda. The Board also decided that the project should be undertaken in cooperation with the IASB in order to achieve maximum convergence to a single, high-quality accounting standard on equity-based compensation.

Im Ergebnis dürfte ein weitgehender Gleichklang zwischen IFRS und US GAAP erreicht werden können. Dies würde einen wesentlichen Schritt zur Vergleichbarkeit internationaler Konzernabschlüsse in der zentralen Frage der Behandlung von Stock Options bedeuten.

IASC Foundation Constitution Review – IDW-Stellungnahme

GCPAS-Anmerkung: [Ralph Brinkmann]

Wir möchten Sie auf das Schreiben des IDW an die IASC Foundation vom 13.2.2004 hinweisen, in dem das IDW zum Konsultationspapier der IAS-Foundation von November 2003 "Identifying Issues for the IASC Foundation Constitution Review" Stellung nimmt.

Das IDW-Schreiben steht unter www.idw.de zum Download zur Verfügung.

Die Lektüre der IDW-Stellungnahme gibt einen guten Einblick in die Problemstellungen, die im Zusammenhang mit der weiteren internationalen Harmonisierung der Rechnungslegungsstandards zu beachten sind. Auch die Verfassung der IASC Foundation muss regelmäßig darauf hin überprüft werden, ob sie den Anforderungen des Harmonisierungsprozesses noch entspricht.

ACCOUNTING – EUROPEAN UNION

EU-Transparenzrichtlinie: EU-Parlament spricht sich gegen die Pflicht zu Quartalsberichten aus

GCPAS-Anmerkung: [Ralph Brinkmann]

Nach einem Bericht im Handelsblatt vom 18.2.2004 (S. 20) lehnt es das Europäische Parlament ab, Aktiengesellschaften über einen Halbjahresbericht hinaus zur Veröffentlichung von Quartalsberichten für Q1 und Q3 zu verpflichten. Am 17.2.2004 hat der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Abgeordnetenhauses gegen einen entsprechenden Kompromissvorschlag des britischen Abgeordneten und zuständigen Berichterstatters Peter W. Skinner gestimmt. Der Skinner-Vorschlag zielte darauf ab, die Positionen von EU-Parlament und dem Ministerrat der EU einander anzunähern. Der Ministerrat hatte sich (wie Skinner) im November 2003 dafür ausgesprochen, eine abgespeckte Form der Quartalsberichterstattung einzuführen. Danach sollen die Berichte für Q1 und Q3 lediglich allgemein gehaltene Informationen zum aktuellen Geschäftsverlauf (ohne konkrete Zahlen) enthalten.

Der Meinungsstreit wird zu einer wesentlichen Verzögerung bei der Verabschiedung der EU-Transparenzrichtlinie führen.

Hintergrund: EU-Transparenzrichtlinie

COM (2003) 138 vom 26.03.2003, Richtlinie:

„Vorschlag für eine Richtlinie zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG“

Ziele:

- Erhöhung Anlegerschutz
- Steigerung der Attraktivität des europäischen Kapitalmarktes für Anleger
- Stärkung der Wirksamkeit, Offenheit und Integrität der europäischen Kapitalmärkte

Anwendungsbereich:

Der Richtlinienvorschlag stellt **Mindestanforderungen für Jahres- und Halbjahresberichte** auf:

- Forderung nach persönlichen Zuverlässigkeitserklärungen (vgl. US-Sarbanes-Oxley Act)
- Aufwertung des Halbjahresberichtes zu einer echten Zwischenbilanz nach IAS/IFRS
- Halbjahresbericht soll um aktualisierten Lagebericht erweitert werden.

Geltungsbereich der Regelungen für Jahres- und Halbjahresabschlüsse: **kapitalmarktorientierte Unternehmen (alle Wertpapieremittenten).**

Künftig sollen alle an den Börsen und anderen geregelten Märkten eines EU-Mitgliedstaates **notierten Aktien-**

gesellschaften zusätzlich **Quartalsberichte (Q1 und Q3)** vorlegen:

- Mindeststandard: Tabellarische Übersicht über die Nettoumsatzerlöse und das Ergebnis vor und nach Steuern sowie Erläuterungen zur Geschäftstätigkeit
- Die Unternehmen können selbst entscheiden, ob sie eine Trendprognose oder Gewineinschätzung abgeben.
- Vorlagepflicht der Quartalsberichte jeweils zwei Monate nach Quartalsende.

Neue Vorschriften für die Verbreitung von **Pflichtinformationen**:

- Insbesondere bei bedeutenden Beteiligungen

Internetpublizität:

- Verstärkte Nutzung des Internet bei der Publizität von Unternehmensinformationen

Der Vorschlag von Peter W. Skinner, Pflichtmitteilungen von Aktiengesellschaften ausschließlich über das Internet zu publizieren, konnte im Wirtschafts- und Währungsausschuss nicht durchgesetzt werden. Der Ausschuss vertritt die Auffassung, dass die Marktdurchdringung des Internet in der EU noch nicht groß genug sei, um auf eine Veröffentlichung in den Print-Medien völlig verzichten zu können. Der Ausschuss will den Mitgliedsstaaten deshalb in der Richtlinie die Option einräumen, die Unternehmen zur Veröffentlichung marktrelevanter Daten über Print-Medien zu verpflichten.

Bewertung:

M.E. sollten die Mitgliedsstaaten diese Option ausüben. In wenigen Jahren wird man voraussichtlich auf die zusätzliche Publikation in Print-Medien verzichten können. Der Zeitpunkt dafür ist jedoch noch nicht gekommen. Die Marktteilnehmer (insbesondere die Kleinanleger) müssen darauf erst entsprechend vorbereitet werden.

Die Kritik an der Quartalsberichterstattung ist bekannt: Eine Informationsflut kann häufig in Intransparenz umschlagen. Dieses Argument hat sicher seine Berechtigung. Die Quartalsberichterstattung für Unternehmen, die den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen, deshalb abzulehnen oder übermäßig „abzuspecken“, ist jedoch keine Lösung.

Soweit es nicht die Regelwerke der europäischen Börsenplätze bereits jetzt vorschreiben, dient eine Erweiterung der Quartalsberichterstattung durchaus den Anlegern. M.E. sollten die Quartalsberichte auch aktuelle Zahlen enthalten, verbale Allgemeinplätze zum aktuellen Geschäftsverlauf können die Lage des Unternehmens dagegen verschleiern.

Die Ausgestaltung der Quartalsberichte sollte selbstverständlich möglichst transparent erfolgen. Hilfestellung könnte hier die Einführung einer **Prüfungspflicht** geben.

Der Wert von geprüften Quartals- und Halbjahresabschlüssen übersteigt den Wert ungeprüfter Angaben

wesentlich. Die Prüfer haben dabei auch auf eine klare und übersichtliche Darstellung hinzuwirken.

Allerdings kann der Umfang der Prüfung nicht dem einer Jahresabschlussprüfung entsprechen. Der Prüfungsumfang wird als **Limited Review** auszugestaltet sein. Eine Positive Assurance im Sinne eines Bestätigungsvermerks („der Abschluss ist frei von wesentlichen Fehlern“) ist dabei nicht möglich. Jedoch erhöht bereits eine **Negative Assurance** („Anzeichen für wesentliche Fehler im Quartals-/Halbjahresabschluss haben wir nicht entdeckt“) den Aussagewert und die Glaubwürdigkeit der Abschlüsse. Zudem können die Prüfer frühzeitig Fehlentwicklungen erkennen, die möglicherweise bis zum Geschäftsjahresende noch korrigiert werden können. Der Trend zum **Continuous Auditing** führt ohnehin in diese Richtung. Gleichwohl wäre aus Prüfersicht die **Haftungslage** klarzustellen. Ein Prüfer kann für eine Limited Review keine Haftung wie bei einer Jahresabschlussprüfung übernehmen. Wird keine Haftungsbegrenzung gesetzlich normiert, bestehen Risiken für den Prüfer, auch dem Kapitalmarkt gegenüber unbegrenzt zu haften. Diese Problematik muss geklärt werden, bevor eine Prüfungspflicht für Quartalsabschlüsse eingeführt werden kann.

CORPORATE GOVERNANCE AND PERFORMANCE – IFAC/CIMA STUDY

IFAC/CIMA: New International Study Explores Enterprise Governance; Recommends Actions to Strengthen Corporate Performance

(New York & London/February 17, 2004) -- The culture and tone at the top, the chief executive, the board of directors and the internal control system are the four key determinants of corporate success and failure, according to a new study released today by the International Federation of Accountants (IFAC) and The Chartered Institute of Management Accountants (CIMA).

Executive Summary

Enterprise Governance is an emerging term that describes a framework covering both the corporate governance and the performance management aspects of an organization. The **definition** chosen by this report as its starting point defines **Enterprise Governance** as **“the set of responsibilities and practices exercised by the board and executive management with the goal of providing strategic direction, ensuring that objectives are achieved, ascertaining that risks are managed appropriately and verifying that the organization’s resources are used responsibly.”** (Information Systems Audit and Control Foundation, 2001).

The report has been prepared by the Professional Accountants in Business (PAIB) Committee of IFAC and CIMA. The PAIB Committee serves IFAC member bodies and the more than one million professional accountants worldwide who work in commerce, industry, the public sector, education, and the not-for-profit sector. Its aim is

to enhance the profession by encouraging and facilitating the global development and exchange of knowledge and best practices. It also works to build public awareness of the value of professional accountants. The PAIB Committee was formerly called the Financial and Management Accounting Committee.

Details

Enterprise Governance: Getting the Balance Right includes an in-depth analysis of corporate successes and failures in **27 case studies** from **10 countries**. These countries are Australia, Canada, France, Hong Kong, Italy, Malaysia, the Netherlands, Thailand, the United Kingdom and the United States. Ten industries are covered in the case studies, including telecommunications, retail, financial services, energy and manufacturing.

The IFAC Board requested its Professional Accountants in Business (PAIB) Committee to conduct the study in conjunction with CIMA to explore and define the emerging concept of enterprise governance, determine its role in preventing or contributing to corporate failures and to recommend actions that can strengthen governance. The study complements previous research done by the IFAC Task Force on Rebuilding Confidence in Financial Reporting, which recommended actions that could be taken by all those in the financial reporting supply chain to restore the credibility of financial reporting and corporate disclosure.

"Although poor corporate governance can ruin a company, the study revealed that good governance on its own cannot make a company successful. Companies need to balance conformance with performance. This is a fundamental component of enterprise governance," emphasizes Bill Connell who chairs both the IFAC PAIB Committee and CIMA's Technical Committee.

In the study, conformance is defined as "corporate governance." It covers such issues as board structures and roles and executive remuneration. The performance dimension focuses on strategy and value creation.

"Unlike the conformance dimension, there are no dedicated oversight mechanisms, such as audit committees, in the arena of strategy. Several of the high-profile companies highlighted in this study fell into difficulties as a consequence of their strategic choices. There is a danger that in the laudable attempt to improve standards of control and ethics, insufficient attention is paid to the need for companies to create wealth and ensure that they are pursuing the right strategies to achieve this. It is both easy and common for boards to fall into the trap of getting immersed in detail at the expense of focusing on overall strategic risks and opportunities that drive shareholder value," points out Mr. Connell.

An analysis of the case studies showed that, in addition to the corporate governance issues mentioned above, there were several other key strategy issues contributing to corporate success and failures:

- Choice and clarity of strategy;
- Strategy execution;
- Ability to respond to abrupt changes and/or fast-moving market conditions; and
- Ability to undertake successful mergers and acquisitions (M&As).

Unsuccessful M&As were the most significant cause of strategy-related failure. A complete chapter on how enterprise governance can be used to control M&A activities is therefore included in the report.

The report also gives detailed information about CIMA's development of a Strategic Scorecard for enterprise governance as a means of addressing the strategic oversight gap and avoiding the sort of strategic failures that were apparent in the case studies.

In addition to introducing the concept of the strategic scorecard, the report offers guidance on enterprise risk management, the acquisition process, and managing board performance. An appendix features a synopsis of recent international corporate governance developments.

Enterprise Governance: Getting the Balance Right may be downloaded free of charge from IFAC's website by going to www.ifac.org/store. Print copies may be obtained by contacting damarysgil@ifac.org or jasmin.harvey@cimaglobal.com.

IFAC is dedicated to serving the public interest, strengthening the worldwide accountancy profession, and contributing to the development of strong international economies. Its current membership consists of 159 professional accountancy bodies in 118 countries, representing more than 2.5 million accountants in public practice, education, government service, industry and commerce.

CIMA is the only UK body whose sole focus is on the training and qualifying of Accountants in Business. It represents financial managers and accountants who work in industry, commerce, not-for-profit and public sector organizations. Its key activities are related to Business Strategy, Information Strategy and Finance Strategy.

(Quelle: www.ifac.org)

GCPAS-Anmerkung: [Ralph Brinkmann]

Die Studie *Enterprise Governance: Getting the Balance Right* steht unter www.ifac.org zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Die Studie befasst sich mit der Enterprise Governance. Der Begriff umfasst nicht nur die Corporate Governance, sondern ebenso die Performance Management Aspects von Unternehmen.

Die 27 Case Studies für 10 Länder beinhalten keine Untersuchung von deutschen Unternehmen. Gleichwohl können die Ergebnisse für die folgenden, in der Studie

enthaltenen Länder wertvolle Erkenntnisse auch für die Enterprise Governance deutscher Unternehmen liefern: Australien, Kanada, Frankreich, Hong Kong, Italien, Malaysia, Niederlande, Thailand, Großbritannien und USA.

Die Case Studies decken folgende Branchen ab:

- Telekommunikation
- Handel
- Financial Services
- Energiewirtschaft
- Verarbeitende Industrie

Die Studie kommt zu dem **Ergebnis**, dass eine noch so gute Corporate Governance kein Garant für den Unternehmenserfolg ist. Hinzutreten muss die Performance Dimension als strategische und werteschaufende Unternehmensführung. Fehlgeschlagene Mergers & Acquisitions sind dabei im Rahmen der Performance Dimension häufig die Ursache für Corporate Failures.

Die Lektüre der Studie (58 Seiten) – ggf. selektiv länder- und branchenbezogen – kann einem weiten Leserkreis empfohlen werden. Der derzeitige Fokus der Diskussionen auf die Corporate Governance ist angesichts fehlerhafter Entwicklungen in der Vergangenheit wichtig. Gleichwohl darf die Performance Dimension der Unternehmen dabei nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Die Studie kommt deshalb zur rechten Zeit.

In diesem Sinne: Let's get the balance right.

ACCOUNTING AND REGULATORY – WPK

Stellungnahmen der WPK zu den Entwürfen des Bilanzrechtsreformgesetzes (BilReG) und des Bilanzkontrollgesetzes (BilKoG)

GCPAS-Anmerkung: [Ralph Brinkmann]

Wir möchten Sie auf die folgenden Stellungnahmen der WPK hinweisen, die unter www.wpk.de zum Download bereit stehen. Die WPK beteiligt sich damit aktiv an der Diskussion, die z.T. kritischen Stellungnahmen sind lesenswert und weisen auf noch bestehende Schwachstellen in den Gesetzesentwürfen hin.

[Stellungnahme zum Entwurf eines Bilanzrechtsreformgesetzes \(BilReG\) - hier: Einführung internationaler Rechnungslegungsstandards und Berichtspflichten des Abschlussprüfers](#)

(23. Januar 2004)

[Stellungnahme zum Entwurf eines Bilanzrechtsreformgesetzes \(BilReG\) - hier: Stärkung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers](#)

(23. Januar 2004)

[Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Kontrolle von Unternehmensabschlüssen \(Bilanzkontrollgesetz - BilKoG\)](#)

(19. Januar 2004)

Wirtschaftsprüferkammer-Mitteilungen in modernisiertem Design: WPK Magazin

GCPAS-Anmerkung: [Ralph Brinkmann]

Wir möchten Sie auf die modernisierte Publikation der WPK hinweisen. Die bisherigen Wirtschaftsprüferkammer-Mitteilungen heißen seit dem ersten Quartal 2004 **WPK-Magazin**.

Die Gestaltung ist sehr ansprechend und übersichtlich, dem Leser wird der gezielte selektive Zugriff auf die für ihn jeweils relevanten Informationen erleichtert.

Das WPK-Magazin 1/2004 ist wie folgt gegliedert:

- **Aus der Arbeit der WPK**
 - Aktuelle Themen
 - Bekanntmachungen der WPK
 - Internationales
 - Aus den Ländern
 - Informationen für die Berufspraxis
 - Stellungnahmen der WPK zu aktuellen Gesetzesvorhaben
- **Analysen und Meinungen**
- **Aus der Rechtsprechung**
 - Berufsrecht
 - Haftungsrecht
 - Für die Praxis
- **Service**
- **Rubriken**

Auszüge stehen unter www.wpk.de auch zum download zur Verfügung.

Besonders hinweisen möchten wir auf folgenden Beitrag unter Analysen & Meinungen:

„*Ethisches Verhalten in einer internationalen Gemeinschaft von CPA Marilyn Pendergast (Repräsentantin der USA im IFAC Ethics Committee und ehemaliges AICPA-Vorstandsmitglied).*“

Die WPK hat außerdem ein **Leser-Forum** eingerichtet, dass den Dialog im prüfenden und beratenden Berufsstand fördern wird. Die Leserbeiträge im WPK-Magazin 1/2004 zeigen deutlich, dass es wesentliche Meinungsunterschiede im Hinblick auf Reformen im Berufsstand gibt. Mittelständische Berufsangehörige melden sich kritisch zu Wort (z.B. „Amerikanische Verhältnisse“). Dieser Dialog ist von großer Bedeutung, um den Mittelstand aktiv in den Reformprozess einzubeziehen. Die kritischen Stimmen sind nachvollziehbar und müssen beachtet werden. Fraglich ist, ob eine (faktisch bereits in weiten Teilen erfolgte Zweiteilung des Berufsstandes) überhaupt noch vermeidbar ist.

Einen besonderen Nutzen erhält das Leserforum dadurch, dass die WPK antwortet und konstruktiv auf die Lesermeinungen eingeht. Wir gehen davon aus, dass das **Leser-Forum** einen großen Erfolg haben wird.

ACCOUNTING – DRSC

DRSC-Hinweis: Europäische Kommission – Konsultationsverfahren zu Direktorengehältern eingeleitet

Berlin, 24.02.2004

Die Europäische Kommission hat ein [Konsultationsverfahren](#) zur Vergütung von Unternehmensdirektoren eingeleitet. Die eingehenden Stellungnahmen sollen für eine Empfehlung verwendet werden, die die Kommission im September 2004 an die Mitgliedsstaaten richten will. Gegenstand des Konsultationsverfahrens sind unter anderem die Offenlegung der Vergütungspolitik und der einzelnen Direktorengehälter sowie die Genehmigung von Aktienbezugsplänen durch die Aktionäre. **Stellungnahmen können bis zum 12. April 2004** beim DRSC eingereicht werden (Charlottenstr. 59, 10117 Berlin oder Mail: info@drsc.de oder Fax 030-206412-15).

(Quelle: www.drsc.de)

Die Pressemitteilung der EU zum Konsultationsverfahren steht unter www.drsc.de zum download zur Verfügung.

RIC – Vorläufige Stellungnahme zum Entwurf zum D-IFRIC 3 Determining whether an Arrangement contains a Lease

Berlin, 19.02.2004

Das RIC veröffentlicht seine [vorläufige Stellungnahme](#) zum *D-IFRIC 3 Determining whether an Arrangement contains a Lease*. Dieser Stellungnahmeentwurf ist Grundlage für den am 16. März 2004 stattfindenden Meinungsaustausch. Das RIC und das DRSC hoffen, dass dieser Entwurf und die Diskussion Anregungen für Stellungnahmen seitens der interessierten Öffentlichkeit zum Exposure Draft geben.

(Quelle: www.drsc.de)

Der Entwurf der RIC-Stellungnahme steht unter www.drsc.de zum download zur Verfügung.

DRSC begrüßt transparente Erfassung von Aktienoptionen nach IFRS 2

Berlin, 18.02.2004

Der International Accounting Standards Board (IASB) hat heute den International Financial Reporting Standard (IFRS) 2 veröffentlicht, mit dem die Bilanzierung von aktienbasierten Vergütungssystemen wie die Gewährung von Aktienoptionen an Mitarbeiter geregelt wird. Aktienoptionsprogramme für Mitarbeiter und Führungskräfte haben in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen, ohne dass ihre bilanzielle Behandlung und

Bewertung bisher in den IAS geregelt wurde. Dadurch wurden Aktienoptionspläne in der Regel nicht als Aufwendungen erfasst, so dass sowohl die möglichen Kosten dieser Programme als auch die potentiellen Eigenkapital-Verschiebungen von Altaktionären zu den Mitarbeitern oder Führungskräften nicht transparent waren. Mit IFRS 2 sind aktienbasierte Vergütungsregelungen grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) der dafür erbrachten Gegenleistung zu bewerten. Dabei gelten alle Transaktionen mit Mitarbeitern als aktienbasierte Vergütungsregelung, bei denen für erhaltene Güter oder in Anspruch genommene Leistungen im Gegenzug Eigenkapitalinstrumente des Unternehmens gewährt werden. Da der Fair Value einer erbrachten Arbeitsleistung in der Regel nicht zu bestimmen ist, wird der Fair Value des dafür gewährten Eigenkapitalinstruments herangezogen. Maßgeblich für die Bestimmung des Fair Values ist der Zeitpunkt der Gewährung des Eigenkapitalinstruments.

(Quelle: www.drsc.de)

DSR – Ergebnisse der 74. DSR-Sitzung

Berlin, 16.02.2004

Der DSR beschäftigte sich in seiner Sitzung u.a. mit einer Reihe aktueller Entwicklungen wie der Restrukturierung von EFRAG und dem Stand der Diskussionen zum Endorsement von IAS 32 und 39. Weitere Themen waren die Stellungnahmen des DSR zur Satzung des IASCF, zum Diskussionspapier der FEE "On European Enforcement Coordination" und zum EFRAG-Endorsement-Papier der überarbeiteten IAS.

(Quelle: www.drsc.de)

Der Bericht des Deutschen Standardisierungsrates über die 74. Sitzung vom 10. Februar 2004 in Berlin steht unter www.drsc.de zur Verfügung.

DRSC – Erste Mitglieder ins RIC berufen

Berlin, 16.02.2004

Der Vorstand des DRSC hat die ersten Mitglieder für das **Rechnungslegungs Interpretations Committee** (RIC) berufen - Herrn Dr. Norbert Breker (IDW), Herrn Prof. Dr. Sven Hayn (Ernst & Young AG) und Frau Dr. Elisabeth Schmalfuß (Siemens AG). Das RIC nimmt seine Arbeit mit der ersten Sitzung im März auf.

(Quelle: www.drsc.de)

AUDITING AND REGULATORY – USA – SOA

AICPA releases an Overview of the State Issues Related to the Sarbanes-Oxley Act

New York, February 2004

Corporate governance, Wall Street and auditing reform regarding public companies have been in the forefront of Congressional activity during the last year. The AICPA and the State CPA Societies have actively participated in and supported the reforms that have been adopted at the federal level.

Congress passed, and President Bush signed, the Sarbanes-Oxley Act of 2002 providing unprecedented new requirements for auditors of public companies, corporations and Wall Street.

At the state level, several state legislators, regulators and other elected or appointed officials are seeking to duplicate and or extend provisions of the Sarbanes-Oxley Act to private companies and their auditors at the state level. While some measures may have merit and could possibly be supported, some of what is being discussed is overreaching and simply should not apply to CPAs and CPA firms that do not provide audits to publicly traded companies.

As states consider some of these provisions, the potential for an adverse impact on small businesses and the CPA firms which serve them is concerning. Small businesses make up roughly half of the U.S. economy and are a primary source of economic growth and job creations. In an increasingly complex business world, these small businesses depend upon their CPAs for the expertise and trusted advice to put complicated issues into context so they can continue to fuel that growth.

One of the steps taken by the AICPA to respond to the state issues resulting from the Sarbanes-Oxley Act was the formation of the AICPA Special Committee on State Regulation. Working closely with state CPA societies, this high-level volunteer committee is tasked with addressing the state implications associated with the Sarbanes-Oxley Act, recommending positions to the AICPA Board of Directors and providing resources and guidance to states with state legislative or regulatory proposals.

The Special Committee has identified three overarching themes:

- The profession should advocate for a reasoned approach to reform at the state level
- Uniformity of state laws is essential to protecting the public interest
- The complexity of the issues needs to be articulated and communicated

In October 2003, the Special Committee released the second edition of "A Reasoned Approach to Reform."

The "Reasoned Approach" is comprised of a compendium of two White Papers-A Reasoned Approach to Reform and the Complexity of the Issue and five Issue Briefs-Audit Partner Rotation, Peer Review, Scope of Services, State Board Composition and Professional Ethics.

The Second Edition includes modifications to the Audit Partner Rotation (formally known as Auditor Rotation) and Peer Review Issue Briefs. In addition, a Professional Ethics Issue Brief was added. These materials have been widely distributed to organizations such as State CPA Societies and State Boards of Accountancy. Because the "Reasoned Approach" is an evergreen document, as other issues develop, the Special Committee will supplement this effort with further materials.

To access the papers, please click on the corresponding links on the web-site of AICPA (www.aicpa.org).

(Quelle: <http://www.aicpa.org/statelegis/index.asp>)

AICPA Journal of Accountancy: Sarbanes Oxley: What it means to the marketplace

Journal of Accountancy, February 2004

Executive Summary:

THE ACCOUNTING PROFESSIONALS interviewed for this article were positive about some Sarbanes-Oxley requirements, saying management's reporting on and the external auditor's attestation to the internal controls are good ideas. They advocated audit committees' hiring CPAs because it could reduce the pressure on audit fees and lead to better-quality audits. All agreed that having top management certify it had reviewed the quarterly and annual reports would force it to become more engaged in the financial reporting process. All believed the legislation would have a positive impact, but would not be a panacea. Their concerns included

- **DOCUMENTATION COSTS AND ATTESTATION FEES**, which will be substantial. There was apprehension about preparing internal control attestation reports; no widely recognized standards to do so currently exist.
- **FEARS THAT SMALL, PUBLICLY LISTED COMPANIES** might not meet internal control reporting requirements without substantial additional expense; some may have to delist because of it. It could mean only larger companies will go public.
- **AUDITORS' QUALMS ABOUT POSSIBLE MARKETPLACE** reaction to their small, publicly listed clients whose financial statements can be "signed off on" based on substantive testing, but which had adverse attestations on their internal control structure.
- **THE "CASCADE" EFFECT**, which might mean having as many as 54 different sets of laws for non-listed companies.

- **THE ACCOUNTING PROFESSION'S IMAGE**, which has suffered unjustly because of the wrongdoings of a few.

Der vollständige Artikel kann in der Februar-2004-Ausgabe des Journal of Accountancy (auch online erhältlich: www.aicpa.org/pubs/jofa) nachgelesen werden.

Sarbanes Oxley Act (SOX) causes changes in company structures

THE PLAIN DEALER (www.Cleveland.com)

The added costs of compliance associated with SOX have caused a dilemma for many small to mid-sized public companies. Many have decided to simply return to private ownership. Such is the case with Waxman Industries. The Bedford Heights (Ohio) company will ask shareholders to approve the motion to go private at its annual meeting in April.

SOX was intended to improve corporate controls on publicly traded companies, but the costs associated with following the new regulations have proven too burdensome for many smaller public companies – including Waxman. The maker of plumbing-repair and floor-care products, with two plants in Ohio and others in Dallas, Sacramento, Taiwan and China, has decided the benefit of public ownership does not equal the cost of SOX.

By reducing the number of registered shareholders, Waxman will delist its publicly traded shares and then deregister from the SEC. Waxman expects to realize an annual savings of \$560,000 after absorbing the initial cost of conversion. The savings will result from not having to perform various internal control testing and audit functions required of public companies.

(Quelle: www.Cleveland.com - The Plain Dealer)

GCPAS-Anmerkung: [Jörg Müller]

Beispiele wie dieses mehren sich in den USA. Mittelgroße Gesellschaften ziehen die Konsequenzen aus dem Sarbanes Oxley Act und passen sich in der Gesellschaftsstruktur wieder neu an ihre echten Bedürfnisse an. Bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung des "Going Public" wurde mit dem Sarbanes Oxley Act eine neue Komponente eingebracht, die viele frühere, auf einer Rentabilitätsberechnung basierende, Entscheidungen für den Börsengang in einem neuen Licht erscheinen lassen. Die Rentabilität muss wieder neu berechnet werden und evtl. Umstrukturierungen durchgeführt werden. Die Selbstreinigungskräfte des freien Marktes zeigen damit, dass die Anforderungen des Sarbanes Oxley Act nicht in allen Fällen mit Vorteilen für die Gesellschaften und deren Eigentümer verbunden sind.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Erfahrungen der USA auch in europäischen, am Sarbanes Oxley Act angelehnten Gesetzen berücksichtigt werden und die Reglementierung nicht auf alle Unternehmen, egal mit welcher Struktur und Größe, ausgeweitet werden.

FRAUD PREVENTION AND DETECTION – AICPA

Audit Risk Alert – Article by Robert Durak: 25 Attention Grabbers: Do These Situations Exist at Your Client?

GCPAS-Anmerkung: [Robert Kraska]

Fraud & Co.: Die wichtigsten Indizien dafür, dass etwas nicht stimmt.

Bei der Analyse spektakulärer Unternehmenszusammenbrüche und Bilanzskandale stoßen Staatsanwälte, Ermittler und Wirtschaftsprüfer immer wieder auf erhebliche Parallelen. Bestimmte Entwicklungen und Konstellationen können deutliche Vorboten drohenden Unheils sein. Eine empirische Untersuchung von AICPA und FBI hat die wichtigsten Problemfelder am Beispiel von Enron & Co. klar identifiziert. Ein wertvoller Leitfaden auch für die Audit-Praxis.

Wir geben den Beitrag von Robert Durak ungekürzt wieder, da insbesondere im Bereich der Fraud-Prevention and Detection eine möglichst vollständige Liste der „Red Flag Points“ von Nutzen ist.:

(Quelle: AICPA CPA Insider – www.cpa2biz.com)

AUDIT RISK ALERT February 17, 2004

25 Attention Grabbers: Do These Situations Exist at Your Client?

CPAs must be able to spot the possible early warning signs and risks of accounting chicanery, fraud, inaccurate financial reporting, and business failure. Adapted from AICPA ['Risk Alert -- 2003/04.'](#)

by Robert Durak, CPA, AICPA Senior Manager

Financial managers and auditors alike can learn valuable lessons from accounting scandals and audit failures. These lessons serve to improve the quality of financial statement audits by helping CPAs identify possible early warning signs and risks of accounting chicanery, fraud, inaccurate financial reporting, and business failure.

Presented below is a list of circumstances and observations that should grab the attention of an auditor if he or she observes these situations at a client. These "attention grabbers" have been compiled based on a review of accounting scandals and business failures.

Key Attention Grabbers

1. A company culture of arrogance and management entitlement.

Management that engages in deceptive accounting practices or fraudulent financial reporting often exhibits high levels of arrogance, pride, greed, and hubris. They often have a reputation for being unusually aggressive, taking high risks, living close to the edge, and swinging

for the fences in business dealings. In some cases, management may believe that they are entitled to financial success and rewards no matter how they are achieved because they created the company and its past successes. Effective internal control starts with a proper "tone at the top." Culture and values are critical elements of control because all other controls are derived from them. Culture drives behavior. A few bad apples will flourish in a culture of arrogance, excessive risk taking, and little accountability. And a few bad apples can cause a company to come crashing down.

2. Accounting policies that rely heavily on management's judgment or seem too aggressive.

The manner in which accounting principles are selected and applied affects the accuracy, transparency, understandability, and usefulness of the financial statements. If the accounting methodology for a transaction or event involves different alternatives or a good degree of estimating and judgment, or represents an evolving area in accounting, or is unclear, unusual, or not fully supportable, then management has the tools and the temptation to manipulate financial reporting. These tools, stemming from the selection and application of accounting principles, can be used to tweak earnings and manipulate other accounts and transactions to report the financial results desired by management and conceal critical information. Abusing the selection and application of accounting principles can lead to a situation in which an entity's financial statements do not reflect the underlying economic condition. The accounting principles selected by management should enhance the representational faithfulness, verifiability, and neutrality of the accounting information included in the financial statements.

3. Ineffective audit committees and board governance.

The audit committee is the ultimate monitor of the financial reporting process. It therefore stands to reason that an ineffective committee or its equivalent, or the lack of one, can seriously undermine proper financial reporting. Be on the lookout for audit committees that are not independent of the company, meet infrequently, lack adequate financial expertise, do not hear directly from internal auditors, and do not closely monitor sensitive company programs, such as a corporate loan program for senior management.

4. Obsession with meeting earnings targets and expectations.

In today's business reality, failing to meet the earnings expectations of Wall Street, creditors, and others, even by a small amount, can create serious repercussions, including a nosedive in a company's stock price. Faced with such pressure, management may attempt to meet those earnings targets at all costs and commit fraud, stretch accounting rules, or follow inappropriate accounting methodologies.

5. Difficulty explaining how the company actually makes money

Simply put, it may be unclear exactly how a company derives its profits and its cash. Or, at the end of the day,

it may be the case that a company just does not make very much money. In some cases, an entity may be involved in numerous businesses and complicated operations, and yet after looking at all that activity, one is hard pressed to explain how the entity generates cash.

6. Overly centralized control over financial reporting.

If one member of senior management or a small group of senior management holds a tight grip over the financial reporting process and goes to extremes to exclude prying eyes, internal control suffers and the opportunity for fraudulent or questionable financial reporting emerges.

7. Ratios and benchmarks differ significantly from industry averages.

An auditor needs to ask why an entity's financial results are markedly different from other entities in its industry. This kind of benchmarking research and analysis may not be readily available or apparent. However, this kind of information can point to a possible business failure or going concern problem or to the manipulation of the accounting and financial reporting process.

8. Cash flows from operations that bear little relationship to reported earnings.

If reported earnings do not correspond to the actual cash flowing into an entity, auditors should take note. If management is manipulating the accounting process to manage earnings, it may show up in the disparity between operating cash flow and income statement earnings. When cash flow from operations falls below net income, it may be indicative of serious business trouble insofar as the company is not generating enough cash from routine operations, but instead is fueling earnings by borrowing money, selling assets, or other nonoperational activities. Companies go bankrupt because they run out of cash. Keep an eye on the cash flow statement when assessing an entity's ability to continue as a going concern.

9. Compensation plans geared toward enriching executives rather than generating profits.

With their own compensation tied to operating or financial targets, management can push hard on personnel throughout the company to meet what may be overly optimistic goals. A high-pressure environment can create an incentive to adopt practices that may be too aggressive or inconsistently applied. At some point, the motivation driving earnings management can be strong enough to encourage individuals with the right opportunity to move beyond acceptable practices. Don't underestimate greed. If greed is evident and management is focused on how much money they are going to make, auditors should heighten their sense of professional skepticism and adjust their audit procedures accordingly.

10. Significant insider trading

A significant selloff of company stock by senior management may indicate that they believe the stock is overvalued, the financial reporting does not portray the true economic value of the entity, or that the company may be heading toward failure.

11. Predictions by management are at odds with industry trends.

Management may base their assumptions, estimates, accounting principles, business decisions, and explanations to auditors on predictions, forecasts, and beliefs about the current and future business environment that contradict actual industry trends, credible research, and what other entities in the industry are doing or predicting.

12. Undisciplined acquisition growth.

Senior management may acquire businesses and assets more for the sake of accumulating assets than for the overall good of the company. Acquisition growth can help management hide and ignore serious weaknesses and failings of a company. Acquiring businesses and assets too rapidly can lead to many challenges and risks, including integrating disparate operations, melding internal control processes, and meeting expanded financing needs. In addition, rapid acquisition growth may outstrip the ability of a company's financial systems to remain under effective internal control. If management cares more about acquiring new assets than about making the existing ones perform properly, serious business, liquidity, and financial reporting problems can arise.

13. Departure of key senior management personnel.

If key people leave a company suddenly or a number of senior management personnel have resigned, this may be a warning sign of possible trouble at the entity. Are these resignations unexplained? Is the suddenness or number of resignations unusual? Do these key people know something about the company's financial future that is causing them to jump ship? An auditor needs to pay attention to significant or unusual management departures.

14. Relationships and credibility with customers, creditors, and other third parties declining.

Information pointing to deterioration in a company's business relationship with its customers, creditors, suppliers, or other parties may signal financial difficulties or inappropriate activities at the company.

15. Prolonged periods of success.

Yes, even too much success can be a dangerous thing. Many big-name companies that have experienced difficulties ran into trouble after long periods of financial success and business growth. As the years of prosperity add up, management may become set in its ways. Assumptions about the future of the industry and the company may be severely clouded by the past experience of uninterrupted success. Management may let its guard down and become incapable of envisioning an environment of subsiding financial prosperity. Does management face reality or merely explain it away or ignore it? Assumptions and estimates used in financial reporting and business decisions need to be questioned and examined with a clear perception of the true conditions of the economy, the industry, and the company.

16. Failure to listen to key people within the company.

Senior management may be so focused on achieving stock price and earnings goals that they may fail to heed the advice of key employees warning them of troubling consequences and developments. Whether it be accounting personnel, or employees involved in operations, or those working in research and development, these people may be aware of inappropriate situations or risky developments that result from management's aggressive efforts to meet certain financial goals. Management may dismiss warnings from these people, lest the financial targets not be achieved.

17. Receivables are growing faster than sales.

Entities encountering reduced sales may report inflated receivables on their balance sheet (for example, by recording anticipated future sales as revenue) to improve their financial picture. In addition, a large receivables balance may be indicative of sales made to risky customers that lack creditworthiness.

18. Unusual changes in profit margin.

Gross margin, or gross profit, usually remains fairly stable. A change in gross margin by over 2 percentage points could point to improper accounting and reporting activities by management.

19. Significant declines in stock price.

If the investing community finds a company's stock unfavorable or overpriced, they may know something about the financial and operational fortunes of the company that the company's auditor should know and find out about.

20. Inability to meet past-due obligations.

A company that cannot find the cash to pay its obligations may lack the liquidity, solvency, and financial flexibility necessary to continue as a going concern.

21. Inability to obtain future financing.

If creditors and lenders are reluctant to loan money to a company, or if the company is having trouble obtaining additional equity financing, this may point to going concern problems or financial difficulty.

22. Management previously committed dishonest acts.

If an auditor learns about prior illegal, unethical, or questionable acts committed by management, the auditor should heighten his or her sense of professional skepticism and alter auditing procedures accordingly.

23. Net income growing at a pace far outstripping revenue growth.

When net income rises far faster than revenue over a period of time, auditors should consider this a red flag indicating possible fraudulent activity or inappropriate accounting at the client.

24. Transactions lack economic purpose.

If a transaction, or parts thereof, appear to lack an economic purpose, or if the transaction is arranged in what

seems to be an unnecessarily complicated structure, this may be indicative of possible fraudulent activity.

25. Small company's mentality in a large company's body.

As companies grow significantly, expand operations, and add employees, the management function, style, and culture need to grow with the company. Often, companies that have grown well beyond their initial size still maintain management and internal control environments in which the wishes of the Chief Executive Officer (CEO) or owner remain their highest value and override all other functions, controls, and considerations. What the top person wants, even if it involves the improper manipulation of a company's financial results, remains a powerful influence and priority.

Robert Durak, CPA, is AICPA senior manager for accounting and auditing publications. This is adapted from "[Audit Risk Alert -- 2003/04](#)," with acknowledgements to Chuck Landes, CPA, director of AICPA audit and attest standards team, and Michael Degnan, CPA, supervisory special agent, economic crimes unit, FBI.

TAXATION – EUROPEAN UNION

EU-Kommission für Steuerharmonisierung bei direkten Steuern (KSt)

GCPAS-Anmerkung: [Ralph Brinkmann]

Nach Berichten im Handelsblatt (23.2.2004, S. 5) hat der EU-Binnenmarktkommissar **Frits Bolkestein** überraschend eine **EU-weite Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen der Körperschaftsteuer** gefordert.

EU-Beschlüsse zu den direkten Steuern unterliegen nach wie vor dem Einstimmigkeitsprinzip. Eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen der Körperschaftsteuer ist bisher überwiegend am Widerstand von Großbritannien und Irland gescheitert.

Bolkestein will nun erstmals das **Instrument des EU-Vertrages zur „verstärkten Zusammenarbeit“** anwenden. Um eine Harmonisierung der KSt-Bemessungsgrundlagen herbeizuführen, müssen die EU-Staaten einen Beschluss mit qualifizierter Mehrheit fassen. Außerdem müssen mindestens acht EU-Staaten an der Harmonisierung teilnehmen.

Das Instrument der „verstärkten Zusammenarbeit“ kann dann angewendet werden, wenn eine weitere Verzögerung nicht mehr zu verantworten ist.

Der vermeintliche Nachteil dieses Verfahrens ist der Einstieg in das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“.

Die Hoffnung, in absehbarer Zeit Einstimmigkeit bei der Harmonisierung der direkten Steuern zu erreichen, ist illusorisch. Diese Situation wird sich mit der EU-Osterweiterung noch verschärfen.

Der Vorschlag von Bolkestein ist m.E. ausdrücklich zu begrüßen. Ein solcher Vorstoß ist erforderlich, um die festgefahrenen Harmonisierungsbemühungen im Bereich der direkten Steuern wieder aufzunehmen.

Der Vorteil, den die Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen der Körperschaftsteuer bringt, liegt auf der Hand: Die z.T. stark abweichenden KSt-Sätze in der EU werden transparent. Steuersätze sind auf einen Blick vergleichbar, ein Vergleich der Bemessungsgrundlagen erfordert dagegen einen tiefen Einblick in die nationalen Steuergesetze.

Was im Bereich der Rechnungslegung richtig ist, nämlich die Forderung nach internationaler Vergleichbarkeit der Jahres- und Konzernabschlüsse, kann im Bereich der direkten Steuern nicht falsch sein.

Die Steuerhoheiten der EU-Staaten sollten die gleiche Transparenz gewähren, wie es von den kapitalmarktorientierten Unternehmen gefordert wird.

Eine Standortentscheidung allein auf Basis niedrigerer Körperschaftsteuersätze zu fällen, kann zur Zeit zu bösen Überraschungen führen, wenn der niedrigere Körperschaftsteuersatz durch eine sehr umfassende Bemessungsgrundlage überkompensiert wird.

Kritiker halten den Vorschlag für eine „verordnete Harmonisierung“ und fordern einen echten Steuerwettbewerb (z.B. Österreichs Kanzler Wolfgang Schüssel).

Eine supranational vorgeschriebene einheitliche Bemessungsgrundlage ist zugegebenermaßen ein Akt der Regulierung. Gleichwohl kann dieser Akt der Regulierung einen transparenten Steuerwettbewerb ermöglichen, die steuerpflichtigen Unternehmen erhalten mit dem Steuersatz dann einen direkt vergleichbaren Benchmark.

Die ablehnende Haltung vieler EU-Finanzminister (bisher auch des BMF) dürfte fiskalpolitische Gründe haben. Unterschiedliche Bemessungsgrundlagen geben den Staaten erst den Spielraum für Steuersatz-Marketing-Aktionen. Dies geschieht zu Lasten der Transparenz und des Wettbewerbs und damit zu Lasten der steuerpflichtigen Unternehmen. Ist die Bemessungsgrundlage dagegen einheitlich, wird es kurz- oder zumindest mittelfristig zu der gewünschten Annäherung der Steuersätze kommen.

Die Geldpolitik haben die EU-Nationalstaaten bereits aus der Hand gegeben (EZB). Auch die Fiskalpolitik wird auf Dauer in einem starken Europa nicht national und intransparent bleiben können. Fiskalische Schief lagen in einzelnen EU-Staaten können auf andere Weise abgemildert werden als durch undurchsichtige Bemessungsgrundlagen. Eine konjunkturbedingte Zuschlagssteuer könnte besondere Situationen abfedern, dies wäre international nachvollziehbar und dürfte – sofern eine besondere Situation nicht nur vorgeschoben wird – auch auf Verständnis bei den betroffenen Unternehmen stoßen. Als Beispiel kann die Erhöhung der Körperschaftsteuer in 2003 in Deutschland in Folge der Flutkatastrophe von 25% auf 26,5% angeführt werden.

EDUCATION – US-CPA-EXAM

Aktuelle Informationen zu den Neuerungen des CPA-Examens von AICPA, NASBA und Prometric

GCPAS-Anmerkung: [Robert Kraska]

Am 17. Februar haben AICPA, NASBA und Prometric eine Online-Informationsveranstaltung zum Examenstermin April/ Mai abgehalten. Über die unten genannte Internetadresse sind die Examens-Tips dauerhaft online abrufbar und damit eine ideale Informationsquelle für alle, die ab Frühjahr 2004 in das modifizierte CPA-Examen gehen wollen. Hauptthemen sind die konkreten Inhalte der neudefinierten Prüfungsgebiete, die Veränderungen gegenüber dem „Paper-Based Exam“ sowie geeignete Vorbereitungstools.

Free Webcast for Exam Candidates: How to Prepare for the New CPA Exam: Visit <http://www.cpa-exam.org/cpa/20040217wbcst.htm>.

Tips on Preparing Employees for the New CPA Exam – Article by Adam Snyder

(Quelle: www.aicpa.org/pubs/jofa/mar2004/cpaexam.htm - AICPA Online Journal of Accountancy March 2004)

Adam Snyder

Tips on Preparing Employees for the New CPA Exam

Both employers and staff candidates can benefit from getting ready.

This article explores the new, computerized Uniform CPA Examination, which in April 2004 will replace the paper-and-pencil version. The computer-based CPA exam is a joint effort by the AICPA, the National Association of State Boards of Accountancy and Prometric, a developer of computer-based testing services.

The webcast discussed in this article is available at www.cpa-exam.org/cpa/webcast_Archived.htm.

A panel of accounting professionals recently offered advice to employers on how to prepare themselves and their CPA candidates for the new, computerized CPA exam in a November 12 webcast, archived and still available by registering at www.cpa-exam.org/cpa/webcast_Archived.htm.

In the webcast, moderator John F. Hudson, CPA, of the Hudson Consulting Group, begins by summing up the purpose: The format and the content of the CPA exam are about to change; consequently the process for preparing CPAs to pass the exam needs to change as well. "The changes are more than just turning in your pencil and paper for a keyboard, so the webcast informs candidates of the differences between the two formats, discusses best practices from other professions and motivates both employers and employees to adequately prepare for the new exam," says Hudson.

A new Exam for a new Profession

The new exam reflects the enormous growth that has taken place in the accounting profession during the past 20 years, says Diane Rubin, CPA, partner of Novogradac & Co. LLP, San Francisco. Arleen R. Thomas, CPA, AICPA vice-president of professional standards and services, spearheaded the transition to the computerized exam that had as one of its milestones a practice analysis that queried supervisors on the kinds of work skills entry-level CPAs use so that an exam could test their knowledge and skills. One was the ability to communicate, specifically in writing; others were a "higher order of skills," which included researching an issue or problem, analysis, judgment, understanding, conducting an analytical review and preparing solutions to current business problems.

"In this day and age, no one can memorize the volume of accounting literature that's out there," says Thomas. "The practice analysis told us to move away from testing that kind of memorization and move toward evaluating a higher order of skills."

The Panelists

The webcast advising employers on how to prepare themselves and their CPA candidates for the new, computerized exam was moderated by John F. Hudson, CPA, of the Hudson Consulting Group, Hastings-on-Hudson, New York. Its panelists were

- **Diane Rubin**, CPA, a partner in the San Francisco office of the CPA firm Novogradac & Co. LLP. Ms. Rubin is a past president of the California Board of Accountancy and a current member of the board of directors of the National Association of State Boards of Accountancy (NASBA).
- **Arleen R. Thomas**, CPA, AICPA vice-president of professional standards and services, who spearheaded the transition to the computerized exam.
- **John Riina**, vice-president of the investment firm Legg Mason. Mr. Riina addressed the experiences of the securities industry, which moved to a computerized exam a decade ago.

Computerized Exam is a Win for Everyone

The panelists emphasize that the extraordinary flexibility of the new exam is a great benefit to both employers and employees. This was found to be true in the securities industry, which moved to an electronic test more than a decade ago. "We've found that the biggest improvement was the flexibility it gave candidates in terms of when they could take the test and how they prepared for it," says John Riina, vice-president of the investment firm Legg Mason. "From the employer's point of view, it makes the hiring process much easier. You can hire someone who can take the exam when he or she is ready, and not have to wait for some fixed date."

“For employers this flexibility is one of the most exciting things about the new exam,” says Rubin. “You no longer would have a huge portion of your professional staff gone all at once.” Thomas adds that with the paper-and-pencil exam employers had to manage their businesses knowing that twice a year many of their people would be taking significant time off to study and take the exam. “The world kind of stopped because of the CPA exam,” Thomas noted. But with flexibility comes a certain amount of responsibility for businesses. “We have to make sure employers give their people the time to study and sit for the exam,” says Rubin.

| Dates to Test | |
|------------------|-----------|
| Open | Closed |
| April–May | June |
| July–August | September |
| October–November | December |
| January–February | March |

Beginning in April, the computerized exam will be given every two out of three months.

Springtime Launch

Beginning in April candidates will be able to take the computerized exam at more than 300 Prometric test centers, a number about three times that of the old paper-and-pencil test, and the total duration of the exam will be reduced from 15 ½ to 14 hours.

Thomas emphasizes there is motivation for candidates to complete all four parts of the exam within the allowed time frame; otherwise they may lose credit for sections they’ve already passed. “Once you’ve passed one part of the exam, you have 18 months to pass all four,” she explains. “You can take each exam section only once within a single window. (Two months out of every three constitute a window.) We want candidates to demonstrate over a reasonable period of time their grasp of the entire breadth of knowledge. All 54 jurisdictions have adopted this policy, so for the first time there is uniformity.”

Best Practices

■ Plan ahead

- Determine the dates to sit for the exam
- Decide whether to take all parts at once or one or two at a time
- Select a review course or start a study group
- Start studying months before you take the exam
- Schedule time off in advance so that you are available

■ Set your targets for passage as soon as you join the firm

Candidates should start preparing in advance and coordinate the schedule with their employers.

Advice for Firms

The panelists suggest employers could help both themselves and their CPA candidates by establishing a formal process of preparing employees for the exam. “The exam is important not just from a licensing standpoint, but also in terms of quality control for firms,” says Rubin. “In our firm, for example, we require people to pass the exam before they can be promoted to manager. This also is an excellent opportunity to strengthen a firm’s mentoring program; employers should make sure candidates have a plan for studying and taking the exam,” she adds.

Thomas believes that employers could be particularly helpful with the new Business Environment and Concepts section. “Senior people can walk through these questions and really be of tremendous assistance,” she says. “If you look at what’s happening in the accounting world, it’s more important than ever that accountants understand how those transactions fit into the larger picture. That’s what the new section focuses on. It’s also probably what’s creating the most angst amongst candidates because it is so new.”

Tutorial and Sample Test

All the panelists agree on the importance of spending time on the tutorial available online at www.cpa-exam.org. “The tutorial is something everyone should look at for the process as well as the content,” says Hudson.

Thomas, who notes the AICPA and NASBA have been working closely with review course providers, agrees. “You won’t have time at the testing center to become familiar with the functionality of the exam,” she says. She points out that a sample test, which allows candidates to interactively answer multiple choice questions and simulations from each section of the exam content, is available at www.cpa-exam.org.

TECHNICAL LITERATURE UPDATE

Bilanzierung nach IAS/IFRS – Ein Praxisleitfaden für die Umstellung – mit Fallbeispielen und Checklisten
 Buchrezension von Dipl.-Kfm. **Mathias März** CPA [GCPAS-Member]

Leibfried/Weber, 1. Auflage Oktober 2003
 Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler/GWV
 Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2003
 ISBN 3-409-12473-X

Von Mathias März, GCPAS

Das Buch besteht aus insgesamt acht Kapiteln. Die Struktur der Kapitel ist einheitlich wie folgt gestaltet:

- Beginn eines Kapitels: Definition des Lernziels

- Ende eines Kapitels: Checkliste über die wesentlichen Inhalte des Kapitels

Diese Struktur ist besonders gut geeignet, um sich einen schnellen Überblick über den Inhalt des jeweiligen Kapitels zu verschaffen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, selektiv die Kapitel auszuwählen, die den Leser im konkreten Fall interessieren. Eine zeitsparende Option insbesondere für Praktiker, die bereits Erfahrungen mit der Materie der internationalen Rechnungslegung haben. Auch für Ausbildungszwecke dient diese Struktur einem gezielten und schnellen Wiederholen einzelner Lerninhalte.

Im ersten Kapitel wird insbesondere auf die Gründe der zunehmenden Bedeutung der internationalen Rechnungslegung und deren Vorteile eingegangen. Die Autoren nennen hier folgende wesentliche Gründe:

- Die Veränderung in der Berichterstattung durch die Internationalisierung der Kapitalmärkte, Anforderungen der Regelwerke der Deutschen Börse, grenzüberschreitende Unternehmenskäufe, die Nachfolgeproblematik im Mittelstand und die Möglichkeit der Annäherung von interner und externer Berichterstattung durch die internationale Rechnungslegung.
- Der Einfluss der Banken (insbesondere im Hinblick auf Basel II – Ratingverfahren und die dazu erforderliche Vergleichbarkeit der Kennzahlen eines Unternehmens) erfordert zunehmend die Anwendung gleicher Rechnungslegungsvorschriften.
- Die IAS/IFRS als Management-Trend (Umstellung auf internationale Rechnungslegung als Signal für Innovationskraft eines Unternehmens).
- Die Fortentwicklung des HGB (durch KapAEG, § 292a HGB und Anpassung des HGB an internationale Erfordernisse durch das DRSC).
- Die EU-Verordnung „IAS 2005“: Aufgrund der EU-Verordnung müssen europäische kapitalmarktorientierte Unternehmen für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2005 beginnen, ihre Konzernabschlüsse nach IAS/IFRS aufstellen. Börsennotierte Unternehmen, die an einer Börse außerhalb Europas notiert sind und deshalb bereits Abschlüsse nach ausländischen Standards (insbesondere US GAAP) erstellen, müssen erst ab dem Geschäftsjahr 2007 ihre Konzernabschlüsse nach IAS/IFRS erstellen.

Im zweiten Kapitel werden insbesondere die grundsätzlichen Unterschiede zwischen HGB und IAS/IFRS dargestellt. Daneben wird erläutert welche Standards nach IAS/IFRS existieren (Framework, IAS/IFRS, Interpretationen – SIC/IFRIC), wie sie entstehen und verabschiedet werden (Standard Setting Process). Außerdem wird die Entwicklung der International Accounting Standards (IAS) im Verlauf der letzten 30 Jahre bis hin zu den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgezeigt.

Als die zwei wesentlichen Ursachen für die Unterschiede zwischen HGB und IAS/IFRS bezeichnen die Autoren die

- unterschiedlichen Adressaten der Rechnungslegung (Gläubigerschutz versus Investorenorientierung) und
- die steuerlichen Einflüsse auf die Berichterstattung (Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz).

Als Folge dieser grundsätzlichen Unterschiede werden die folgenden Abweichungen zwischen HGB und IAS/IFRS genannt:

- Die unterschiedliche Bewertungsbasis (historische Anschaffungskosten versus fair value).
- Die unterschiedliche Bedeutung von Bilanz und GuV (Stichtagsgrößen versus Stromgrößen)
- Der Offenlegungsumfang.
- Die unterschiedliche Bedeutung des Vorsichtsprinzips.
- Die Trennung bzw. Einheitlichkeit der internen und externen Berichterstattung.

Im dritten Kapitel wird der organisatorische Ablauf eines optimalen Umstellungsprozesses Schritt für Schritt dargestellt. Hierbei sind die folgenden Phasen zu unterscheiden:

- **Kick-Off** (Identifikation projekteteiligter Parteien, Klärung grundsätzlicher Fragen des Projektmanagements, Entscheidung über die Einbindung externer Unterstützung, Einbindung von Führungspersonal, Abschätzung der Umstellungskosten).
- **Analysephase** (Identifikation der wesentlichen Aufgabenbereiche für die Umstellung, Ansammlung ausreichender Kenntnisse über das umzustellende Unternehmen und der IAS/IFRS, Analyse der Tochtergesellschaften).
- **Planungsphase** (Festlegung eines verbindlichen Projektplans hinsichtlich der Dimensionen Zeit, Kosten, Ressourcen und Abläufe).
- **Konzeptionsphase** (Lösung fachlicher Sonderfragen, Erstellung einer Bilanzierungsrichtlinie, Entwicklung von Vorlagen für Berichtsformulare, Entwicklung einer Trainingskonzeption, Identifikation von Anpassungsmaßnahmen in der EDV Umwelt und im Controlling).
- **Umsetzungsphase** (Durchführung von Probeabschlüssen, erstmalige Konsolidierung und erstmalige Erstellung von Kapitalflussrechnung und Anhang nach IAS/IFRS, Anpassungen in den Bereichen Controlling und EDV, laufendes Monitoring und Benchmarking).

- **Projektabschluss** (Verselbständigung der implementierten Prozesse durch Dokumentation der erfolgten Überleitungsmaßnahmen und historischer Abschlüsse, Vorbereitung sich wiederholender Überleitungsbuchungen für die Folgejahre, Einrichtung eines IAS/IFRS-Kompetenzcenter, Sicherstellung der Weiterbildung der Mitarbeiter).

Die beschriebenen Phasen bilden die Grundlage für die weiteren Kapitel des Buches: In diesen werden die einzelnen Phasen detailliert dargestellt. Für jede Umstellungsphase wird auf spezifische Fragestellungen, Überlegungen und zu treffende Maßnahmen umfassend eingegangen.

Das vierte Kapitel, der eigentliche Hauptteil des Buches, beschäftigt sich mit der Analyse- und Umsetzungsphase. Hier unterscheiden die Autoren als Analysequellen den Einzel- und Konzernabschluss, das Geschäftsmodell, die Steuerbilanz, das Controlling sowie die EDV und das Personal.

Als Ausgangspunkt der **Analyse des Einzelabschlusses** kann der HGB-Anhang vergangener Jahresabschlüsse der Gesellschaft dienen. Anhand von Auszügen aus HGB Geschäftsberichten großer deutscher Unternehmen wird der sich dabei ergebende Anpassungsbedarf für folgende Bilanzposten dargestellt:

- Sachanlagevermögen
- Leasing
- Vorratsvermögen
- Auftragsbezogene Fertigung
- Forderungen
- Wertpapiere
- Derivate
- Eigenkapital
- Pensionsrückstellungen
- Sonstige Rückstellungen
- Verbindlichkeiten

Bei der Untersuchung des **Konzernabschlusses als Analysequelle** werden die folgenden Konsolidierungsmaßnahmen dargestellt:

- Einheitliche Bilanzierung und Bewertung (Umstellung konsolidierungspflichtiger Tochterunternehmen, einheitliche Ausübung von Wahlrechten, Methoden und Verfahren, Währungsumrechnung)
- Konsolidierungskreis und Konsolidierungsmethoden
- Abschlussstichtag und Erstkonsolidierungszeitpunkt
- Kapitalkonsolidierung

- Bilanzielle Behandlung eines Goodwill
- Weitere Konsolidierungsmaßnahmen (Schuldenkonsolidierung, Zwischenergebniseliminierung, Aufwands- und Ertragskonsolidierung)

Bei der **Analyse des Geschäftsmodells** gehen die Autoren im Hinblick auf den Anpassungsbedarf in Bilanz, GuV und Anhang auf die folgenden Themen explizit ein:

- Component Accounting
- Selbst erstellte immaterielle Werte
- Umsatzrealisierung
- Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen
- Segmentberichterstattung
- Gliederung von Bilanz und GuV

Im Rahmen der Betrachtung der **Steuerbilanz als Analysequelle** wird aufgrund der Vielzahl der bei der Überleitung auf IAS/IFRS vorzunehmenden Umbewertungsmaßnahmen die praktische Bedeutung der latenten Steuern hervorgehoben.

Bei der **Analysequelle des Controlling** sind die folgenden Bereiche zu beachten:

- Planung
- F&E Controlling
- Projektcontrolling
- Berichtszyklen
- Berichtsstruktur
- Kostenstellenstruktur
- Kostenträgerrechnung

Die **Analyse der EDV** wird anhand eines Fragebogens vollzogen. Daneben sind die folgenden Sachverhalte zu untersuchen:

- Datenflüsse und Schnittstellen
- Kontenrahmen
- Kostenträgerstruktur
- Eingesetzte Konsolidierungssoftware
- Voraussetzungen zur Abbildung einer parallelen Bewertung

Im Rahmen der Umstellung auf IAS/IFRS sind für den **Faktor Personal als Analysequelle** die folgenden Problembereiche zu untersuchen:

- Personelle Kapazitäten für die Umstellung
- Qualität der vorhandenen personellen Ressourcen
- Ressourcenbedarf nach der Umstellung
- Umstellung auf IAS/IFRS als Veränderungsprozess

Checklisten sowie aussagekräftige Schaubilder zu den einzelnen Bereichen ergänzen und runden die Darstellung ab. Die sich hieraus ergebenden Überleitungsmaßnahmen werden später anhand konkreter Beispiele in Kapitel Sieben erläutert.

Dieses Buch unterscheidet sich von Werken mit vergleichbarer Thematik insbesondere dadurch, dass neben der reinen Erstellung eines Abschlusses nach IAS/IFRS auch Themen wie Anpassungsmaßnahmen im Controlling, in der EDV sowie im Bereich des Personalwesens behandelt werden. Gerade die Auswirkungen in diesen Bereichen werden in der Umstellungspraxis häufig unterschätzt.

Die Autoren zeigen nicht nur auf, wie eine Umstellung möglichst optimal erfolgen kann, sondern auch, welche Vorteile sich dadurch ergeben. Insofern verzichten Leibfried und Weber auf akademische Grundsatzdiskussionen und gehen dafür u.a. den Fragen nach, wie mit IAS/IFRS Ineffizienzen in den bestehenden Abläufen und Methoden beseitigt und Synergien realisiert werden können. Das Aufzeigen konkreter Vorteilspotenziale der Umstellung auf IAS/IFRS erhöht den Nutzen des Buches insbesondere für die für die Umstellung verantwortlichen Praktiker, die sich im Rahmen der Umstellung regelmäßig gegen erhebliche Widerstände in den verschiedensten Bereichen (unternehmensintern und -extern) durchsetzen müssen.

Im Kapitel 5 (**Planungsphase**) wird erklärt, welche Personen an einer Umstellung beteiligt werden sollten. Dabei wird zwischen den **internen** (Unternehmensleitung, kaufmännische Leitung, Finanzbuchhaltung, Controlling und Kostenrechnung, EDV/IT, Rechtsabteilung, Vertrieb und Marketing, Investor Relations und Treasury bzw. Cash-Management) und **externen Personen** (Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater, EDV-Berater, Steuerberater und Bewertungsgutachter) unterschieden. Die Aufgaben dieser Personengruppen werden erläutert und deren Funktion im Hinblick auf die Umstellung aufgezeigt. Daneben wird dargelegt, wie eine optimale Projektstruktur gefunden werden kann, welche Elemente (Lenkungsausschuss, Projektleitung, Teilprojektgruppen) sie aufweisen muss und wie eine Projektplanung (Maßnahmenplan, Ablaufplan, Personalplanung, Zeitplanung, Kostenplanung, Kommunikation) erstellt werden kann.

Im Kapitel 6 (**Konzeptions- und Vorbereitungsphase**) wird erläutert, welche Inhalte und Bedeutung die Bilanzierungsrichtlinie hat und wie sie erstellt wird. Als Beispiel wird die Gliederung einer Bilanzierungsrichtlinie dargestellt. Außerdem wird aufgezeigt, wozu Berichtsformulare (Reporting Packages) erforderlich sind, welche Informationen sie enthalten sollten und wie sie zu handhaben sind. Die Beispiele zu den verschiedenen Elementen

eines Reporting-Packages (GuV, Bilanz, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalentwicklung, Anhangsangaben) runden die Darstellung ab und stellen den Bezug zur Praxis her. Daneben wird erklärt, welche Anpassungsmaßnahmen im Bereich Controlling und Kostenrechnung erforderlich sind, wie die Umsetzung der IAS/IFRS Bilanzierung in der EDV erfolgen kann und welche Schulungsmaßnahmen für Mitarbeiter die Umstellung auf IAS/IFRS begleiten sollten.

Im Kapitel 7 (**Umsetzungsphase**) wird zwischen der Überleitung von Einzel- und Konzernabschlüssen unterschieden. Anhand von Beispielen aus der Praxis werden hier für die bereits in Kapitel 5 beschriebenen Bilanzpositionen und Problemfelder der Konzernrechnungslegung Lösungen dargestellt.

Im letzten Kapitel (**Projektabschluss**) wird erklärt, welche Dokumentation während und nach einem IAS/IFRS Projekt erforderlich ist. Die Autoren gehen auch darauf ein, wie die Erstellung von Folgeabschlüssen erleichtert werden kann und welche Maßnahmen zur Sicherstellung dauerhafter Qualität in der Berichterstattung zu ergreifen sind.

Fazit

Das Buch wird seinem Untertitel „Praxisleitfaden für die Umstellung“ in vollem Umfang gerecht. Die Veröffentlichung soll keine umfassende Darstellung und Beschreibung der IAS/IFRS-Standards an sich oder gar eine eingehende Kommentierung darstellen. Für diese Bereiche muss auf andere Publikationen verwiesen werden. Das von Leibfried/Weber vorgelegte Werk ist vielmehr eine fachlich fundierte, systematische und praxisorientierte Einstiegshilfe und ein begleitender Leitfaden auf dem Weg zu einem und insbesondere durch einen erfolgreichen Umstellungsprozess.

Den Autoren ist es gelungen, mit Ihrem Werk nicht nur die Unterschiede zwischen der Bilanzierung nach HGB und den IAS/IFRS in leicht verständlicher Form zu vermitteln, sondern auch, den Umstellungsprozess sowie die vielfältigen und häufig unterschätzten Auswirkungen einer Umstellung aufzuzeigen. Besonders hilfreich sind dabei die zahlreichen Fallbeispiele, welche die Überleitung von Bilanzpositionen von HGB auf IAS/IFRS darstellen und einige „Spezialprobleme“ wie Konsolidierung, latente Steuern, Kapitalflussrechnung und Anhang darstellen. Insbesondere die zahlreichen Checklisten, Tabellen und Schaubilder erleichtern die Anwendung in der Praxis. Dies verdeutlicht, dass dieses Buch von Praktikern für Praktiker und auch zu Ausbildungszwecken für angehende Praktiker geschrieben worden ist.

Der praktische Erfahrungshintergrund der Autoren ergibt sich neben deren Tätigkeit in der auf internationale Rechnungslegung spezialisierten FAS AG (www.FAS-AG.de) und der Akademie für Internationale Rechnungslegung (www.internationale-rechnungslegung.de) nicht zuletzt auch durch den ständigen Bezug der Autoren zur internationalen Accounting and Auditing Community im Rahmen ihrer Tätigkeit für die GCPAS German CPA Society e.V. (www.GCPAS.org), dem verlängerten Arm

der US-amerikanischen Berufsorganisation der CPA (Certified Public Accountants): AICPA – American Institute of Certified Public Accountants (www.AICPA.org).

Im Ergebnis ein „must-read“ für alle an der **Praxis der Internationalen Rechnungslegung** Interessierten.

AICPA - INSIDE

AICPA Board Approves Third Term for President and CEO Barry C. Melancon

NEW YORK, February 6, 2004 – AICPA News Release

The Board of the American Institute of Certified Public Accountants has voted to extend Barry Melancon's term as President and CEO of the AICPA for an additional five years. Melancon, 45 years old, was elected to this position in July of 1995, and will continue to direct the Institute's operations in New York, New Jersey, Washington D.C., and Texas.

In making this announcement, S. Scott Voynich, Chairman of the AICPA, said: "Those of us who have worked closely with Barry know first-hand his capabilities and thorough knowledge of the profession. He will continue to serve the profession with the same passion and dedication as he has done in the past, and at this juncture these skills are needed more than ever. Those of us who have sat by Barry's side, and benefited from his counsel, have witnessed the way he navigates the tough job of an association president, balancing leadership with consensus-building. Under Barry's continued leadership, we will move confidently into a period of unprecedented progress."

Prior to joining the AICPA, Melancon served for eight years as Executive Director of the Society of Louisiana CPAs. He began his accounting career in 1979 at the firm of Bergeron & Company, CPAs, a small local firm in Louisiana. In 1984, he was elected a firm partner. Melancon graduated in 1978 from Nicholls State University in Louisiana, majoring in accounting with a minor in government. He also earned an MBA in 1983 from Nicholls State University and subsequently served as an adjunct professor of accounting at his alma mater for four years.

The American Institute of Certified Public Accountants (www.aicpa.org) is the national, professional organization of CPAs, with more than 330,000 members in business and industry, public practice, government and education. It sets ethical standards for the profession and U.S. private auditing standards.

(Quelle: www.aicpa.org)

AICPA – PUBLICATIONS

AICPA – The CPA Letter February 2004 kostenfrei online erhältlich

GCPAS-Anmerkung: [Ralph Brinkmann]

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass die Publikation des AICPA:

- The Journal of Accountancy March 2004 unter www.aicpa.org bereits jetzt kostenfrei zum Download zur Verfügung steht.

Die wesentlichen Inhalte der March-2004-Ausgabe:

- **AICPA Alert: Legal and Ethical Considerations regarding Outsourcing**
- **Small Business: An AICPA Small Firm Champion**
- **Technology Workshop/Small Business Tips: Make Excel an instant Know-It-All**
- **The Fraud Beat: Build an Anti-Fraud Practice**
- **Insurance Issues: Small Business Insurance Checkup**
- **Sarbanes-Oxley: A Changing Corporate Culture**
- **Professional Issues: Tips on preparing Employees for the New CPA Exam**
- **Special Report: NASBA Meeting**
- **In addition: Columns, Letters, Checklists, Tax Matters, Inside AICPA, Golden Business Ideas**

Bitte besuchen Sie die website des AICPA, um sich über diese aktuellen Themen im *Journal of Accountancy* zu informieren, das in den USA ein „must-read“ ist.

Das Journal of Accountancy kann auch zum Erwerb von **CPE-Credits** (Continuous Professional Education) genutzt werden (AICPA-Home Study CPE program).

IFRIC – PUBLICATIONS

IFRIC Update February 2004

GCPAS-Anmerkung: [Jörg Müller]

Wir möchten Sie auf die seit 16. Februar 2004 unter www.iasb.org erhältliche Publikation des International Financial Reporting Standards Interpretation Committee hinweisen:

- IFRIC Update February 2004

Die wesentlichen Inhalte der February 2004 Ausgabe:

- Draft Interpretation D2 Decommissioning, Restoration and Similar Liabilities
- Draft Interpretation D1 Emission Rights
- Starting to apply IAS 29
- IAS 19: defined contribution pension plans with a guaranteed minimum return on assets
- IAS 27: investments of venture capital providers
- IAS 32: members' shares in cooperative banks
- IAS 41: recognition and measurement of biological assets
- Service concession arrangements

GCPAS INSIDE

Erfolgreicher Relaunch der GCPAS-Website

GCPAS-Pressemitteilung

Stuttgart, 26. Februar 2004

Der Berufsverband der US-amerikanischen Certified Public Accountants mit Sitz in Stuttgart ist seit Februar 2004 mit der neuen website der GCPAS unter www.GCPAS.org online. Die neue website ist im Vergleich zur bisherigen Internetpräsenz inhaltlich erweitert und wesentlich verbessert worden. Die GCPAS informiert über aktuelle Themen in Accounting and Auditing, über die Facharbeit der GCPAS und den Berufsstand der US-amerikanischen Wirtschaftsprüfer (CPAs).

Prof. Dr. Peter Leibfried / Ralph Brinkmann

im Namen des Executive Committee (Vorstand) der GCPAS

GCPAS-Kinder-Patenschaft PLAN INTERNATIONAL

GCPAS-Anmerkung: [Ralph Brinkmann/Sigrid Wahler]

In Anerkennung unserer gesellschaftlichen Verantwortung unterstützt die German CPA Society die Kinderpatenschaft von PLAN INTERNATIONAL durch eine eigene Patenschaft und durch die Kommunikation der Aktivitäten von PLAN INTERNATIONAL auf unserer Website www.GCPAS.org. Unterstützen auch Sie PLAN INTERNATIONAL durch eine Patenschaft für ein Kind in der Dritten Welt.

PLAN INTERNATIONAL hat für die GCPAS eine Kinderpatenschaft in Lateinamerika ausgesucht. Die Patenschaft beginnt im März 2004 – wir freuen uns darauf!

Weitere Informationen über PLAN INTERNATIONAL erhalten Sie unter www.plan-international.de.

Informationen über die Patenschaft der GCPAS werden wir auch unter www.GCPAS.org bereitstellen.

Sitzungsbericht GCPAS-Regional Working Group Nordbaden und Terminankündigung

(Stuttgart/Mannheim, 26. Februar 2004)

Im GCPAS-NewsFlash 01-2004 (16. Januar 2004) haben wir Sie über den Termin des nächsten Working-Meeting der GCPAS-Regional Working Group Nordbaden informiert.

Der Termin wurde vom 19. Februar auf den 25. Februar verlegt. Darüber wurden Sie unter www.GCPAS.org informiert.

Am 25. Februar 2004 hat sich die GCPAS-Regional Working Group Nordbaden in Mannheim zum 3. Working-Meeting getroffen.

Folgende Themen wurden diskutiert:

- **Aktuelle Entwicklungen – IAS/IFRS:**
 - IFRS 2 - *Share-based Payment*
- **Aktuelle Entwicklungen – US GAAP:**
 - History of Upcoming FASB-Exposure Draft *Equity based Compensation* (expected for March 2004)
- **Erarbeitung von Vorschlägen für einen Comment Letter an das IAASB zu folgenden Exposure Drafts:**
 - Proposed Revised International Standard on Auditing (ISA) 700, The Independent Auditor's Report on a Complete set of general Purpose Financial Statements
 - Proposed Revised International Standard on Auditing (ISA) 600, The Work of Related Auditors and Other Auditors in the Audit of Group Financial Statements; and proposed new International Auditing Practice Statement (IAPS), The Audit of Group Financial Statements

Der Vorschlag für den Comment Letter zu ED Revised ISA 700 und ED Revised ISA 600 und ED New IAPS wurden an das **GCPAS-Standing Technical Committee ISA-Practice Committee** weitergeleitet. Das ISAPC plant, einen Comment Letter beim IAASB einzureichen (Due Date for Comments: 31. März 2004).

Informationen zu GCPAS-Regional Working Groups erhalten Sie auch unter www.GCPAS.org (Facharbeit).

Terminankündigung:

Der Termin für das 4. Working-Meeting der GCPAS-Regional Working Group Nordbaden wurde auf den **18. März 2004** festgelegt.

Interessierte Mitgliederrinnen und Mitglieder laden wir dazu herzlich ein.

Auf der Agenda stehen u.a. Diskussionen zu folgenden Themen:

- Aktuelle Entwicklungen – US GAAP
- Aktuelle Entwicklungen – IAS/IFRS
- EU-Kommission: Entwurf der 8. Gesellschaftsrechtlichen Richtlinie (Fokus: Vorschlag zur externen Prüferrotation)
- EU-Kommission: Stand der Diskussionen zur Transparenzrichtlinie

Das **4. Working-Meeting** wird ab 19 Uhr in Mannheim oder Heidelberg stattfinden. Die Einzelheiten zur Lokalität, die in Abhängigkeit von der Teilnehmerzahl gewählt wird, können Sie bei:

ralph.brinkmann@de.ey.com, alexander.spieess@falk-co.de und mathias.maerz@de.ey.com in Erfahrung bringen.

Wir bitten aus organisatorischen Gründen um Anmeldung an eine der o.g. e-mail-Adressen bis zum **12. März 2004**. Besten Dank!

Impressum

Redaktion:

Council, German CPA Society e.V.

- Dipl.-Kfm. Ralph Brinkmann, CPA, MBLT
- Dipl.-Kfm. Robert Kraska, CPA
- Prof. Dr. Peter Leibfried, Dipl.-Oec., MBA, CPA
- WP/StB Dipl.-Kfm. Jörg Müller, CPA
- StB Dipl.-Kfm. Alexander Spieß, CPA
- Steve Staresinic, CPA
- Dipl.-Oec. Klaus Wendlandt, CPA

V.i.s.d.P.: German CPA Society e.V.,

Copyright – sofern nicht abweichend vermerkt – liegt bei den Autoren

Erscheinungsweise: 14-tägig

Kontaktadresse:

German CPA Society e.V.

Böblinger Straße. 52

70199 Stuttgart

Fon 0711 6200749-70 (Sigrid Wahler – Administration)

www.GCPAS.org